

Vom Moment der Kriegseröffnung 1939 an war der Apparat von SS-Führer Reinhard Heydrich in Kriegs- und Menschheitsverbrechen verstrickt. Vor 70 Jahren endete sein Leben. Von Kurt Pätzold

Seiten 10/11



Geegründet 1947 · Montag, 4. Juni 2012 · Nr. 128 · 1,30 Euro · PVSt A11002 · Entgelt bezahlt

www.jungewelt.de

Weg versperrt

Hamburg: Fast 20 000 Menschen protestieren gegen Neonazimarsch. Siehe auch Seite 4

Abwärtstrend stoppen

Griechenland: SYRIZA kündigt das Ende der Kürzungsmaßnahmen und Lösung von der NATO an

Mubarak verurteilt

Ägypten: Der frühere Staatspräsident soll lebenslang ins Gefängnis. Regimegegner protestieren

Mission erfüllt

Irak: 40 Jahre nach Verstaatlichung der Ölindustrie fließt der Reichtum des Landes wieder an die Multis

Spaltung blieb aus

Katja Kipping und Bernd Riexinger zu neuen Vorsitzenden der Linkspartei gewählt. Dietmar Bartsch kündigt an, weiterhin eine Rolle in der Partei zu spielen. Von Markus Bernhardt, Göttingen

Die von den bürgerlichen Medien herbeigeschriebene Spaltung der Linkspartei ist ausgeblieben. Den Parteitag, zu dem rund 570 Delegierte in die Göttinger »Lokhalle« gekommen waren, prägten zwar die innerparteilichen Auseinandersetzungen, zu einer unter anderem von Linken-Fraktionschef Gregor Gysi in die Debatte gebrachten Trennung der Parteiflügel kam es aber nicht.

In seiner Rede hatte Gysi am Sonntagabend schwere Geschütze gegen die eigene Partei aufgeföhren. Er stellte eine »Arroganz gegenüber den östlichen Landesverbänden« fest und erklärte: »Es geht doch nicht im Ernst, daß ich permanent von bestimmten Leuten nur Kritik höre an den Landesverbänden vornehmlich in Brandenburg und Berlin, daß sie mir immer deren Fehler schildern und niemals einen Hauch von Selbstkritik üben«. Er fühle sich bei einer bestimmten Kritik von Mitgliedern aus den alten Bundesländern an »die westliche Arroganz bei der Vereinigung unseres Landes« erinnert. In der linken Bundestagsfraktion gebe es sogar »Haß«. Gysi erwog, ob es nicht besser sei, »sich fair zu trennen als weiterhin unfair, mit Haß, mit Trickserien, mit üblem Nachtreten und Denunziation eine in jeder Hinsicht verkorkte Ehe zu führen«.

Derartige Gedankenspielen erteilte Oskar Lafontaine sichtlich erregt eine Absage. Er äußerte: »Es gibt keinen Grund, das Wort Spaltung in den Mund zu nehmen«, und verwies auf die breite Zustimmung für das Programm der Partei. Gysi hatte sich zuvor vor Dietmar Bartsch gestellt. Dieser habe sich seit seiner Ablösung als Bundesgeschäftsführer Anfang 2010 »korrekt verhalten«.



Gedämpfte Zuversicht am Sonntag bei der neuen Führungsmannschaft der Linkspartei

Bartsch scheiterte dennoch mit seiner Kandidatur zum Parteivorsitzenden gegen den Gewerkschafter Bernd Riexinger aus Baden-Württemberg, der insgesamt 297 – und damit 46 Stimmen mehr als sein Kontrahent – auf sich vereinen konnte. Zuvor hatte sich Katja Kipping, die dem Lager der Reformsozialisten zugerechnet wird, mit 371 Stimmen gegen Dora Heynen, Vorsitzende der Linksfraktion in der Hamburger Bürgerschaft, durchgesetzt, für die 162 Delegierte votierten.

Die nordrhein-westfälische Landeschefin Katharina Schwabedissen, die ursprünglich im »Team« mit Kipping antreten wollte, hatte ihre Kandidatur

kurz vor der Abstimmung zurückgezogen. Gleiches galt für die Bundestagsabgeordnete Sabine Zimmermann, die »ausdrücklich für eine Führungsspitze aus Katja Kipping und Bernd Riexinger« warb. Zwar hatte Kipping im Vorfeld der Abstimmung stets betont, nur mit Schwabedissen gemeinsam den Parteivorsitz anzunehmen und ein Team mit Bernd Riexinger ausgeschlossen. Am Samstagabend nahm sie die Wahl dennoch an.

Zu stellvertretenden Parteivorsitzenden wählten die Delegierten Sahra Wagenknecht, Caren Lay, Jan van Aken und Axel Troost. Mit 80,9 Prozent der Stimmen wurde Matthias Höhn,

Landesvorsitzender der Linkspartei in Sachsen-Anhalt, zum Bundesgeschäftsführer gekürt. Bundesschatzmeister bleibt auch weiterhin der ebenfalls am rechten Flügel zu verortende Raju Sharma, der sich mit 318 Stimmen gegen seinen Gegenkandidaten Heinz Bierbaum durchsetzte, für den sich 207 Delegierte aussprachen.

Trotz seiner empfindlichen Schlappe zeigte sich Wahlverlierer Dietmar Bartsch am Sonntag gegenüber Medienvertretern »durchaus zufrieden« und kündigte an, daß er auch »weiterhin in der Partei eine Rolle spielen« werde.

◆ Siehe Seiten 3 und 8

US-Kriegsschiffe in Pazifikregion



SINGAPUR. Die US-Marine will ihre Präsenz in Asien deutlich verstärken. Etwa 60 Prozent der amerikanischen Kriegsschiffe würden künftig im Pazifik stationiert, sagte Verteidigungsminister Leon Panetta (Foto) am Samstag auf einer internationalen Konferenz in Singapur. Als Anzeichen für zunehmende Spannungen zwischen Washington und Peking dürfe dies aber nicht verstanden werden. Die neue Strategie der USA sei weder gegen China gerichtet noch würden dadurch andere Staaten ermutigt, bei Konflikten aggressiver aufzutreten, sagte er. Von den derzeit elf Flugzeugträgern der USA sollen den Angaben zufolge langfristig sechs im asiatisch-pazifischen Raum ihren Dienst versehen. (dapd/W)

◆ Siehe Kommentar Seite 8

Merkel: Spanien soll untern Rettungsschirm



MADRID/BERLIN. Bundeskanzlerin Angela Merkel (Foto) und Finanzminister Wolfgang Schäuble wollen Spanien offenbar dazu bringen, Hilfen aus dem Euro-Rettungsschirm zu beantragen. Nach Einschätzung der beiden sei die viertgrößte Volkswirtschaft der Euro-Zone nicht in der Lage, die Schiefelage der Banken zu beseitigen, berichtete der Spiegel ohne Nennung von Quellen. Dem Bericht zufolge geht die Bundesregierung davon aus, daß die spanische Bankenwirtschaft eine Kapitalspritze zwischen 50 bis 90 Milliarden Euro benötigt. Zudem regte Merkel am Samstag in Berlin auf einer CDU-Kreisvorsitzendenkonferenz ein Klagerecht gegen EU-Mitglieder an, die mit ihren nationalen Elats gegen die Stabilitätskriterien verstoßen und kritisierte zu hohe Mindestlöhne in einigen EU-Staaten. (Reuters/W)

junge Welt wird herausgegeben von 1228 Genossinnen und Genossen (Stand 30. Mai 2012). Informationen: www.jungewelt.de/lpg

Plan zur Zerstörung Syriens

Präsident Assad vor dem Parlament in Damaskus: Krieg wird vom Ausland aus gesteuert

Der syrische Präsident Baschar Al-Assad hat in einer Rede vor dem Parlament jede Verantwortung für das Massaker in Hula zurückgewiesen. Nicht einmal Monster würden ein solch grausames Verbrechen begehen, sagte Assad am Sonntag vor den Abgeordneten. Bei dem Blutbad in Hula wurden mehr als 100 Menschen getötet, viele davon Kinder.

Assad warf ausländischen Regierungen vor, einen Plan zur Zerstörung seines Landes zu verfolgen. Syrien befindet sich bereits in einem »vom Ausland

ausgeführten echten Krieg«. Er werde keine Nachsicht gegenüber Terroristen zeigen, die den Aufstand im Land angezettelt hätten. Das Land mache die schwerste Zeit seit dem Ende der Kolonialherrschaft durch.

Die Gewalt griff am Wochenende auch erneut auf den Libanon über, wo bei Kämpfen zwischen Gegnern und Anhängern Assads acht Menschen getötet wurden.

Die Arabische Liga forderte den UN-Sicherheitsrat als Reaktion auf das Massaker von Hula zu einer Aufstockung

der Beobachtertruppe in Syrien auf. Zudem müßten die UN-Beobachter mehr Befugnisse erhalten, um die Zivilbevölkerung vor Gewalttaten und Verbrechen zu schützen, hieß es in einem Brief des Generalsekretärs der Arabischen Liga, Nabil Elaraby. Der Sicherheitsrat müsse schnell handeln, um die Gewalt in Syrien zu stoppen und alle notwendigen Maßnahmen zum Schutz der Zivilisten ergreifen. Ein militärisches Eingreifen habe die Arabische Liga aber »nicht verlangt«, sagte Nabil Elaraby. Es sei allein Sache des UN-Sicherheitsrates,

Sanktionen gegen Syrien zu verhängen »oder darüber hinauszugehen«.

UN-Generalsekretär Ban Ki Moon sagte am Sonntag, er habe die Forderungen der Arabischen Liga »zur Kenntnis genommen«. Er halte die Vorschläge für »sehr wichtig« und hoffe, daß sich der UN-Sicherheitsrat damit befassen werde, sagte er nach dem Treffen mit dem Generalsekretär der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC), Ekmeladdin Ihsanoglu, in Dschiddah in Saudi-Arabien.

(dapd/Reuters/AFP/W)



»Wir sagen: Merkel muß dafür streiten«

Damm gegen Finanzspekulation: Campact stapelt Sandsäcke vor Frankfurter Börse.

Ein Gespräch mit Astrid Goltz

Nach den europäischen Blockupy-Aktionen im Mai wird in der Bankenmetropole Frankfurt am Main weiter protestiert. Am 17. Juni, einem Sonntag, wollen die Kapitalismuskritiker Sandsäcke vor der Frankfurter Börse stapeln, um symbolisch einen Damm gegen Finanzspekulationen zu bauen. Schieben die schwarz-grüne Stadtregierung und die Polizeiführung wieder Panik und werden die Stadt selbsterblockieren?

Unser Kenntnis nach wird das nicht passieren. Wir

haben die Aktion angemeldet und feilen mit der Ordnungsbehörde an Genehmigungen für das An- und Abkliefern der Sandsäcke: Wo zum Beispiel können die LKW stehen? In dieser Hinsicht tut sich die Behörde eher schwer mit Zugeständnissen – aber wir sind guten Mutes, die Aktion wie geplant durchführen zu können.

Droht also diesmal kein Versammlungsverbot?

Nein, keine Eskapaden der Stadt dieses Mal! Die Aktion wird stattfinden.

Sehen Sie sich in Kontinuität zu Blockupy-Frankfurt?

Ja, wir haben das gleiche Thema. Wir wollen, daß die Finanzmärkte stärker reguliert werden, dazu ist die Finanztransaktionssteuer ein wichtiger Schritt: Von jeder Finanztransaktion wird ein kleiner Anteil als Steuer abgeführt. Banken und Spekulanten, Verursacher der Finanzkrise, würden endlich an den Kosten der Krise beteiligt. Durch die Steuer können Milliarden Euro eingenommen werden. Dieses Geld könnte dazu beitragen, die weltweite Armut zu reduzieren und den Klimawandel zu bekämpfen. Dazu werden die EU-Finanzminister am 22. Juni beraten, es wird sich herausstellen, wie viele Länder mitmachen. Mit unserem Damm setzen wir ein Zeichen, daß Druck von unten kommt.

Die CDU/FDP-Bundesregierung setzt sich nicht wirklich für die Finanztransaktionssteuer ein?

Die FDP will nur zustimmen, wenn alle 27 EU-Länder mitmachen. Hingegen plädiert die CSU in jedem Fall für die Finanztransaktionssteuer, selbst wenn nur Deutschland allein diese einführen würde. Kanzlerin Angela Merkel und Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble

(CDU) befürworten sie, wenn die 17 Euro-Länder mitmachen. Wir sagen: Merkel muß dafür streiten. Falls das dennoch nicht funktionieren sollte, muß sie sie auch mit einigen wenigen Ländern gemeinsam einführen – zum Beispiel mit Frankreich unter dem neuen Präsidenten Francois Hollande. Falls wir den Zeitpunkt des Koalitionsgipfeltreffens dazu am heutigen Montag herausfinden, werden wir spontan vorm Kanzleramt in Berlin protestieren.

Zum Damm-bau in Frankfurt: Es ist eine symbolische Aktion – wie wird das vonstatten gehen?

Wir haben

Spenden gesammelt, pro Sack wurden jeweils 3,50 Euro eingezahlt. Die Aktion läuft seit etwa drei Wochen, 4000 Leute haben sich bereits beteiligt. Leider dürfen wir ihn nicht unendlich groß bauen, weil Fluchtwege bleiben müssen; aber 5000 Säcke könnten es schon sein, damit er eindrucksvoll wird. Wir brauchen Aktivisten in Frankfurt, die uns unterstützen, Säcke zu tragen und den Damm zu bauen. Um elf Uhr soll der Damm stehen – und bis 17 Uhr wieder abgebaut sein.

Sind wir nicht durch den von der Bundesregierung geplanten unkündbaren und auf Dauer angelegten Rettungsschirm ESM und Fiskalpakt sowieso in der Falle der Banken? Ist die Finanztransaktionssteuer nicht nur ein kleines Trostpflaster im Hinblick auf immense Sparanforderungen?

Eine interessante Frage, mit der wir uns aber im Rahmen dieser Aktion nicht beschäftigen! Wir sehen auf jeden Fall die Finanztransaktionssteuer als Möglichkeit, die Macht der Banken zu begrenzen und die Spekulation einzudämmen. Es muß noch vieles passieren: Der Handel mit Hedgefonds und Derivaten muß eingeschränkt werden. Die Banken dürfen nicht mehr »to big to fail« sein: Sie dürfen nicht so groß sein, daß ein einzelner Zusammenbruch das ganze Finanzsystem ins Wanken bringen könnte.

Wer ruft auf – und wer unterstützt die Aktion?

ATTAC und Oxfam Deutschland rufen mit uns zusammen zur Aktion auf. Das Bündnis »Steuer gegen Armut« mit 90 Organisationen unterstützt uns.

Interview: Gitta Düperthal
 ◆ www.campact.de/finanzkrise/damm/info

campact!de
 DEMOKRATIE IN AKTION
 Astrid Goltz ist Kampagnenleiterin bei Campact, Netzwerk »Demokratie in Aktion«, zuständig für die Protestaktionen zur Finanztransaktionssteuer



Heftige Auseinandersetzungen am Sonnabend in Hamburg

Neonazis Weg versperrt

Hamburg: 20 000 protestierten gegen faschistischen Aufzug

Barrikaden, Blockaden, Bürgerfest – in allen erdenklichen Formen protestierten am Samstag fast 20 000 Menschen gegen einen Aufmarsch von rund 500 Neonazis in Hamburg-Wandsbek. Während es entlang der Route zu stundenlangen Straßenschlachten kam, waren ab zwölf Uhr mehr als 10 000 Bürger zu einer friedlichen Kundgebung von Senat und Bürgerschaft auf dem Rathausmarkt zusammengekommen.

Das »Hamburger Bündnis gegen Rechts« (HBGR) hatte eine Demonstration und mehrere Blockaden angemeldet. Am Aufzug des Bündnisses ab 9.30 Uhr nahmen rund 6000 Menschen teil. Tausende von ihnen, darunter viele Gewerkschafter, bewegten sich nach der Abschlussskundgebung zu Sammelpunkten in den Stadtteilen Wandsbek und Eilbek. Nachdem das Verwaltungsgericht den Neonaziaufzug für die Innenstadt untersagt hatte, meldete das HBGR seine Blockaden entlang der neuen Strecke an.

Ab neun Uhr begannen Gegendemonstranten, von Osten und Westen auf die Nazirote vorzudringen; mehrere tausend Menschen orientierten sich dabei am Aktionskonsens des HBGR. Demnach sollte es Menschenblockaden geben, von denen keine Eskalation ausgeht. Ab zehn Uhr hatte ein autonomes antifaschistisches Bündnis zu einer eigenen Kundgebung in Barmbek-Süd nördlich der Route aufgerufen; dort trafen bis zu 1000 Demonstranten ein.

Die Autonomen sammelten sich zu einem Durchbruchversuch über eine Brücke des Eilbekkanals. Dieser scheiterte jedoch, rund 500 von ihnen wurden für mehrere Stunden eingekesselt. Während die Polizei mit dem Kessel beschäftigt war, rückten mehrere tausend Jugendliche über die überragenden Kanalbrücken bis zur Route vor und errichteten an Dutzenden Stellen brennende Barrikaden.

Bereits gegen elf Uhr drangen die Sitzblockierer auf mehrere Kreuzungen der Strecke vor. Obwohl sie weiter auf Deeskalation setzten, wurden sie

von Polizisten mit Pfefferspray und mit Wasserwerfern attackiert. Ein Polizeisprecher sagte auf jW-Nachfrage: »Den angekündigten zivilen Ungehorsam gab es nicht, wir wurden von den Blockaden aus angegriffen.« Man habe die Beteiligten aufgefordert, das Gebiet zu verlassen. Bündnis-Sprecher Olaf Harms bestritt die Darstellung gegenüber *junge Welt* vehement: »Die Polizei ging unterschiedslos und brutal vor.«

Harms beklagte zudem, daß die Einsatzleitung den Neonaziaufmarsch nicht abgeblasen, sondern statt dessen eine neue Route vorgegeben habe. Dabei sei es zu Angriffen von Neonazifaschisten auf Gegendemonstranten gekommen: »Die Einsatzleitung muß sich dafür verantworten.« Laut Polizei gab es zwar Flaschenwürfe aber kein »direktes Aufeinandertreffen«. Auch der neue Marschweg wurde nach wenigen hundert Metern blockiert. Nach Polizeiangaben gab es 80 in Gewahrsam- bzw. Festnahmen.

Mirko Knoche, Hamburg

◆ Siehe auch Seite 4

NACHRICHTEN

Pakistan: Zehn Tote bei US-Drohnenangriff

WANA. Bei einem US-Drohnenangriff im Nordwesten Pakistans sind am Sonntag zehn Menschen getötet worden. Der unbemannte Flugkörper habe vier Raketen auf ein »mutmaßliches Versteck von Aufständischen« in Südwastiristan in der Nähe zur afghanischen Grenze abgeschossen, sagten Geheimdienstmitarbeiter. Bei einem ähnlichen Angriff am Samstag waren bereits zwei Menschen getötet worden. (Reuters/W)

Haft wegen Protest gegen Kupfermine

LIMA. Ein in der vergangenen Woche nach gewaltsamen Protesten gegen eine Kupfermine in Peru festgenommener Bürgermeister bleibt vorerst im Gefängnis. Ein Richter verhängte am Samstag eine fünfmonatige Untersuchungshaft gegen Oscar Mollohuana aus Espinar und erklärte, der Bürgermeister habe zu den Protesten

aufgerufen. Mollohuana sagte nach der Anhörung in der Küstenstadt Ica vor Journalisten, er betrachte sich als politisches Opfer. Aus Sorge vor einer möglicherweise drohenden Umweltverschmutzung protestieren die Bauern der Region gegen die Kupfermine Tintaya der Schweizer Firma Xstrata. (dapo/JW)

Hartz-IV-Bezieherinnen sollen Kinder betreuen

BERLIN. Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) will Hartz-IV-Bezieherinnen zu Kita-Betreuerinnen ausbilden lassen. Nach einem am Sonntag veröffentlichten Vorabbericht des Magazins *Focus* bat die Ministerin den Chef der Bundesagentur für Arbeit, Hans-Jürgen Weise, zu prüfen, ob rund »5000 Personen aus dem Rechtskreis SGB II und SGB III«, also größtenteils Hartz-IV-Bezieher, zu Erziehern weitergebildet werden könnten. Geeignete Kandidaten würden demnach eine Ausbildung an Fachschulen absolvieren.

Laut einer Vereinbarung von Bund, Ländern und Kommunen, muß bis Mitte 2013 für 750 000 Kinder unter drei Jahren ein Betreuungsangebot geschaffen werden. Dafür fehlen derzeit noch rund 14 000 Erzieherinnen und 16 000 Tagesmütter. (AFP/JW)

Gabriel will Firmenautos stärker besteuern

MÜNCHEN. Nach einem möglichen Wahlsieg 2013 will die SPD die Absetzbarkeit von Firmenautos bei der Steuer einschränken. »Leute, die für ihren Betrieb keinen Geländewagen brauchen, sollten die Spritkosten eines solchen Fahrzeugs nicht als Betriebsausgaben anrechnen können«, sagte SPD-Chef Sigmar Gabriel dem Nachrichtenmagazin *Focus* laut einer Vorabmeldung. Laut Gabriel kämen durch so eine Maßnahme beim Subventionsabbau zwei Milliarden Euro pro Jahr zusammen. Wenn 75 Prozent der Geländewagen in Großstädten Dienstwagen seien, dann liege das nicht nur an den schlechten Straßen. (AFP/JW)

Demontage gestartet

Die Angriffe der »Reformer« in der Linken gegen die neue Parteiführung begannen sofort nach deren Wahl. Wie immer kulturvoll und fair. **Parteitagsschritte von Markus Bernhardt, Göttingen**



Manchmal gab's noch Geschenke: Gregor Gysi (l.) mit Blumen und Oskar Lafontaine am Sonnabend in Göttingen

Die insgesamt etwa 570 Delegierten, die am Wochenende in der Göttinger »Lokhalle« zusammenkamen, standen vor einer neuen Situation in der Linke-Parteitagsgeschichte. Zum ersten Mal hatte der Parteivorstand keinen Personalschritt zur Wahl der Doppelspitze gemacht, die Die Linke zukünftig führen soll.

Vor allem die Linken in der Linken wirkten ratlos, die Anhänger Dietmar Bartsch schienen sich ihrer dagegen sicher. So flanierten Vertreter des rechten Parteiflügels wie Mecklenburg-Vorpommern Linken-Landeschef Steffen Bockhahn oder sein Berliner Pendant Klaus Lederer am Sonnabend noch vor Beginn der Tagung bestens gelaunt über das Gelände. Sie standen den anwesenden Journalisten für weitere Statements kontra Oskar Lafontaine zur Verfügung. Keiner der Vertre-

ter des »Reformlagers« schien es am Samstagmorgen für möglich zu halten, daß Bartsch mit seiner Kandidatur für den Parteivorsitz scheitern könnte. Eine seiner Anhängerinnen war mit einem T-Shirt in der Tagungshalle zu sehen, das sie als »Bartschistin« auswies.

Die Feststellung Gregor Gysis, unter den linken Bundestagsabgeordneten herrsche zum Teil »Haß«, ließ sich am Wochenende auch auf nicht wenige der in Göttingen anwesenden rechten Parteivertreter übertragen. Unter den Protagonisten des rechten Parteiflügels kam regelmäßig aggressive Stimmung auf, wenn von ihnen als Linke identifizierte Delegierte ans Rednerpult traten, außerhalb der Halle würdigte man sich keines Blickes. Die offizielle Inszenierung der »Reformer« als stets fairer und an der Sachpolitik orientierter Gruppierung,

die im Gegensatz zu ihren Kritikern auf Angriffe unter der Gürtellinie verzichtete, hielt nur mühsam. Für größeren Unmut bei nicht wenigen Anwesenden – darunter auch mehreren Bundestagsabgeordneten – sorgte das Verhalten Lederers, der während der Rede Lafontaines als Tagungsleiter fungierte. Er unterbrach einfach die langanhaltenden Beifallsbekundungen für Lafontaine.

Bereits bei der Verabschiedung der früheren Linken-Vorsitzenden Gesine Lötzsch und Klaus Ernst war deutlich geworden, wie tief der Riß durch die Parteiführung geht. Beiden fiel es sichtlich schwer, den Dank Gregor Gysis und Oskar Lafontaines für ihre Arbeit freundlich entgegenzunehmen. Auch die Männerfreundschaft zwischen Gysi und Lafontaine dürfte spätestens nach der Rede des Fraktionsvorsitzenden der Linken im Bun-

destag, einem Werbeblock für Bartsch, Geschichte sein.

Er lag damit zumindest auf der Linie jener Ausrichtung für »Berichte« über den Parteitag, die von akkreditierten Journalisten zu hören war. Demnach ist zu erwarten, daß sich der neue Parteivorsitzende Bernd Riexinger (kennt »eh kein Schwein«) auf heftige Angriffe einstellen muß. Die in solchen Angelegenheiten wie stets aus der Partei heraus gelieferte Demontage der gerade gewählten Parteiführung startete am Sonntag Angelika Gramkow, Oberbürgermeisterin für Die Linke in Schwerin. Sie äußerte sich gegenüber dem Nachrichtensender Phönix »skeptisch« über die Wahl Riexingers und stellte die Wahlkampfbarkeit der neuen Parteiführung in Frage. Die »Pfui!«-Rufe des Reformlagers bei der Bekanntgabe von Riexingers Wahl dürften nur ein Anfang gewesen sein.

Die Drohung mit der Spaltung. GASTKOMMENTAR VON ANDREAS WEHR

Mit dem Scheitern der Kandidatur von Dietmar Bartsch zum Parteivorsitzenden bleibt die antikapitalistische Option der Partei Die Linke zumindest offen. Mit ihm an der Spitze wäre sie endgültig verloren gewesen und die Partei zu einem Zwerg, fest an der Seite der SPD, geschrumpft.

Doch eine Richtungsentscheidung war das nicht. Eine solche wäre die Wahl von Oskar Lafontaine oder von Sahra Wagenknecht gewesen. Aus Angst vor einer Spaltung der Partei scheuten die Linken in der Linken aber davor zurück. Sie hat sich von einer Angstkampagne beeindrucken lassen, die da lautete: Kommt es nicht zu einem alle zufriedenstellenden pluralistischen Vorstand, so drohe unweigerlich die Spaltung des Parteiprojekts und zwar entlang der Nahtstelle Ost/West, zwischen alter PDS und der WASG. Suggestiert wurde, daß diese Spaltung kulturell und politisch längst existiere, jetzt gehe es nur noch darum, sie auch organisatorisch zu vollziehen. Offen und unverhohlen drohte Gregor Gysi damit. Er forderte die Partei auf, sich besser fair zu trennen, sollte keine kooperative Führung gewählt werden. Ihm widersprach Oskar Lafontaine vehement, in dem er erklärte, das Wort »Spaltung« solle man nicht in den Mund nehmen.

Doch die Drohung mit der Spaltung war ein Trick. Sie diente allein dem Zweck, die allgemein erwartete Kandidatur von Sahra Wagenknecht zur Parteivorsitzenden zu verhindern, denn warum sollten jene spalten, die die entscheidenden Machtbasen der Partei in den Händen halten? Es sind schließlich die sogenannten Reformer, die in den Landtagsfraktionen des Ostens bestimmen. Sie sind es, die Ministersessel erklimmen, dort, wo die SPD sie läßt. Sie entscheiden darüber, was und vor allem was nicht von der Rosa-Luxemburg-Stiftung gefördert wird, auf sie hört das *Neue Deutschland*, und ihre Kader halten die zentralen Funktionen im Karl-Liebknecht-Haus besetzt. Auch den Apparat der Bundestagsfraktion dominieren sie. Zur Erinnerung: Der Anzeigenboykott gegen die *junge Welt* wurde dort umgesetzt.

Diese eindeutige Machtverteilung besteht seit 1989. Nur einmal wurde sie in der PDS in Frage gestellt. 2002 hatten die Reformer es zu bunt getrieben und die Partei bei den Bundestagswahlen auf vier Prozent gedrückt. Auf dem Geraer Parteitag brachte Gabi Zimmer mit Kritik an der Anpassungspolitik die Delegierten hinter sich. Bereits damals wurde mit der Spaltung der Partei gedroht. Doch Zimmer antwortete nicht einmal ein Jahr. Mit bewährten

Methoden (Stichwort: Wachbuchaffäre) wurde der Vorstand in die Knie gezwungen, gelernt war eben gelernt. Die Vorsitzende resignierte, und die Scharte war ausgewetzt.

Die Geraer Ereignisse zeigten übrigens, daß der Streit über den Kurs der Partei nie ein Gegensatz zwischen Ost und West war, denn der Konflikt fand in der alten PDS statt. Heute werden Sahra Wagenknecht und Oskar Lafontaine sowohl in Ost wie in West gefeiert. Und Anpassung gibt es auch im Westen. So will etwa die Hamburgerin Dora Heyenn »nicht immer Forderungen in die Welt gepustet« sehen: »Ich möchte auch mal welche umsetzen.« Was ja wohl bedeutet, die eigenen Positionen vorher aufzugeben.

Einen neuen, ärgerlichen Einbruch in die Hegemonie der traditionellen Mehrheit gab es mit dem Zusammenschluß von PDS und WASG. Fortan hatte man Oskar Lafontaine zu ertragen. Und man setzte alles daran, ihn nach innen und außen madig zu machen. Die Mehrheitsverhältnisse im Parteivorstand und in der Bundestagsfraktion wurden unübersichtlich: Parteitage waren nicht mehr vorab auszurechnen, es mußten Kompromisse geschlossen werden. Nach dem Rückzug Lafontaines wollte man denn auch so schnell wie möglich zu den alten Verhältnissen zurückkehren. Klaus

Ernst wurde in nicht enden wollende Scharmützel verwickelt (Stichworte: Almhütte, Porschefahrer, doppeltes Gehalt). Gesine Lötzsch ließ man in der Kommunismusedebatte im Regen stehen. Jetzt, auf dem Göttinger Parteitag, sollte die alte Ordnung endgültig wiederhergestellt werden. Aber diese Rechnung ging so nicht auf.

Zwar verfiel die Angstkampagne mit der Spaltungsdrohung, und Sahra Wagenknecht verzichtete auf eine Kandidatur zur Parteivorsitzenden. Doch überraschend setzte sich der Gewerkschafter Bernd Riexinger gegen Dietmar Bartsch durch. Es gelang Riexinger, die Delegierten mit einer beeindruckenden Rede für sich einzunehmen. Seine Wahl zum Vorsitzenden stellt einen großen Gewinn für die Partei dar, denn kaum ein anderer verkörpert wie er die für die Zukunft der Linken so wichtige Verbindung zwischen Gewerkschaften und neuer Protestbewegung.

Die von manchen Medien erhoffte Selbsterstörung der Partei ist in Göttingen ausgeblieben. Sollte aber die gegenüber Lötzsch und Ernst praktizierte innerparteiliche Demontagepolitik auch gegenüber den neuen Vorsitzenden Kipping/Riexinger fortgesetzt werden, so wird es für die Linkspartei schwer werden, 2013 die Bundestagswahlen erfolgreich zu bestehen.

DOKUMENTIERT Wahlergebnisse des Parteitages

◆ **Wahl der Parteivorsitzenden**
Wahlgang 1: 557 abgegebene Stimmen, 553 gültige Stimmen, 20 Enthaltungen
Heyenn, Dora: 162 Stimmen (29,3 Prozent)
Kipping, Katja: 371 Stimmen (67,1 Prozent)
Gewählt: Katja Kipping
Wahlgang 2: 557 abgegebene Stimmen, 555 gültige Stimmen, 4 Enthaltungen
Bartsch, Dietmar: 251 Stimmen (45,23 Prozent)
Horn, Bernd: 2 Stimmen (0,36 Prozent)
Klein, Werner: 0 Stimmen
Riexinger, Bernd: 297 Stimmen (53,5 Prozent)
Stange, Jürgen: 1 Stimme
Gewählt: Bernd Riexinger

◆ **Wahl der stellvertretenden Parteivorsitzenden (weiblich)**
Wahlgang 3: 539 abgegebene Stimmen, 539 gültige Stimmen
Lay, Caren: 223 Stimmen (41,37 Prozent)
Schwabedissen, Katharina: 182 Stimmen (33,77 Prozent)
Wagenknecht, Sahra: 308 Stimmen (57,14 Prozent)
Wawzyniak, Halina: 210 Stimmen (38,96 Prozent)
Gewählt: Sahra Wagenknecht
Wahlgang 3 (Stichwahl): 514 abgegebene Stimmen, 503 gültige Stimmen, 12 Enthaltungen
Lay, Caren: 299 Stimmen (59,44 Prozent)
Wawzyniak, Halina: 192 Stimmen (38,17 Prozent)
Gewählt: Caren Lay

◆ **Wahl der stellvertretenden Parteivorsitzenden (gemischt)**
Wahlgang 4: 500 abgegebene Stimmen, 499 gültige Stimmen, 2 Enthaltungen
Aken, Jan van: 217 Stimmen (43,49 Prozent)
Gehrcke, Wolfgang: 168 Stimmen (33,67 Prozent)
Lorent, Stefan: 81 Stimmen (16,23 Prozent)
Schwabedissen, Katharina: 216 Stimmen (43,29 Prozent)
Troost, Axel: 211 Stimmen (42,28 Prozent)
Wahlgang 4 (Stichwahl): 493 abgegebene Stimmen, 487 gültige Stimmen, 1 Enthaltung
Aken, Jan van: 201 Stimmen (41,27 Prozent)
Gehrcke, Wolfgang: 184 Stimmen (37,78 Prozent)
Schwabedissen, Katharina: 182 Stimmen (37,37 Prozent)
Troost, Axel: 227 Stimmen (46,61 Prozent)
Gewählt: Jan van Aken, Axel Troost

◆ **Bundesgeschäftsführer**
Wahlgang 5: 534 abgegebene Stimmen, 529 gültige Stimmen, 32 Enthaltungen
Höhn, Matthias: 428 Ja-Stimmen (80,9 Prozent), 69 Nein-Stimmen (13,0 Prozent)
Gewählt: Matthias Höhn
◆ **Bundesschatzmeister**
Wahlgang 6: 533 abgegebene Stimmen, 531 gültige Stimmen, 6 Enthaltungen
Bierbaum, Heinz: 207 Stimmen (39,0 Prozent)
Sharma, Raju: 318 Stimmen (59,9 Prozent)
Gewählt: Raju Sharma
◆ **Quelle:** www.die-linke.de

ZITAT DES TAGES

Sie sei eine Vorzeigeministerin, nicht weniger, aber auch nicht mehr.

Der *Weser-Kurier* (Wochenendausgabe) über Bundesfamilienministerin Kristina Schröder

Erneut Protest gegen Sexualstraftäter

STENDAL. Bei einer neuerlichen Demonstration vor dem Wohnhaus zweier entlassener Sexualstraftäter in Stendal (Sachsen-Anhalt) ist es am Freitagabend zu gewaltsamen Übergriffen gekommen. Wie die Polizei in Stendal erst am Wochenende mitteilte, haben etwa 50 Protestierer mehrfach versucht, eine Polizeikette zu durchbrechen und das Wohnhaus der 54 und 64 Jahre alten Männer im Ortsteil Insel zu stürmen. Die Beamten konnten dies jedoch verhindern. Niemand wurde verletzt. Linke und Grüne kritisierten die Vorfälle und nahmen Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) in die Verantwortung. Linke-Rechtsexpertin Eva von Angern appellierte an Haseloff, »endlich persönlich in Insel klar Position zu beziehen«. Ein eindeutiges Statement« von der Landesregierung, »daß diese Art der Selbstjustiz nicht toleriert wird«, forderte die Politische Bundesgeschäftsführerin der Grünen, Steffi Lemke.

Seit Monaten demonstrieren in dem Altkam-Dorf immer wieder Bürger gegen die beiden ehemaligen Häftlinge, die 2009 in Baden-Württemberg auf freien Fuß gesetzt worden waren. Dabei wurden die Protestierenden auch am Freitag erneut von Neonazis unterstützt. (W)

Flughafengegner vor Rotem Rathaus

BERLIN. Rund 3.000 Flughafengegner von Initiativen und Vereinen haben nach Veranstalterangaben am Sonntag in Berlin unter dem Motto: »Wer zahlt für das BER-Desaster« demonstriert. Sie versammelten sich vor dem Roten Rathaus, dem Dienstsitz des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit (SPD), der auch Aufsichtsratsvorsitzender der Flughafengesellschaft ist. Schönefeld sei der falsche Standort für den Großflughafen, das sei das zentrale Thema der Demonstranten, sagte ein Sprecher des Bürgervereins Brandenburg-Berlin. Deshalb müßten die politisch Verantwortlichen für den Ausbau Schönefelds zurücktreten. (dapl/W)

literatur

Acht Seiten extra.
Mittwoch, 13. Juni 2012

JW-Spezial inklusive der aktuellen Ausgabe für 1,20 Euro am Kiosk erhältlich. Ausverkauft unter 0 30751 43 55-39.

„Sie lügen wie gedruckt. Wir drucken, wie sie lügen.“

junge Welt

»STUTTGART 21«-GEGNER NACH ZEHN TAGEN HAFT WIEDER FREI

STUTTGART. Ein Gegner des Bahnhofprojekts »Stuttgart 21« ist wieder auf freiem Fuß. Am Freitag vor einer Woche hatte Mark Pollmann eine zehntägige »Ersatzfreiheitsstrafe« angetreten. Der 42-jährige hatte sich geweigert, eine Geldstrafe in Höhe von 800 Euro zu bezahlen. Um gegen den Abriss des Nordflügels des denkmalgeschützten Stuttgarter Hauptbahnhofs zu demonstrieren, hatte er diesen vor zwei Jahren mit 54 anderen Aktivisten besetzt.

Er ist der erste »Stuttgart 21«-Gegner, der eine Ersatzfreiheitsstrafe antrat. Vier weitere, die in einem Sammelprozeß mit Pollmann zu je zehn Tagessätzen verurteilt worden waren, haben die Strafe bezahlt. Spätere Strafverfahren gegen weitere Besetzer wurden gegen Auflagen eingestellt. Während seiner Haft, die öffentlich bekanntgemacht wurde, hat Mark Pollmann etliche Solidaritätspost erhalten. Schlecht behandelt wurde er nicht, erklärte der Freigelassene am Sonntag gegenüber Unterstützern. Er würde »alles so wieder machen«, sagte er direkt nach Verlassen der Haftanstalt.

Julia v. Staden



Blockade gescheitert

Hunderte versuchten am Samstag, die Marschroute der Neonazis in Hamburg zu sperren. Doch die Polizei hielt ihnen den Weg frei. **Von Kristian Stemmeler**

Das Sonnenstudio an der Wandsbeker Chaussee macht heute das Geschäft seines Lebens. 50 Cent für jeden Gang zur Toilette, und die Leute stehen Schlange. Draußen vor der Tür, auf einer breiten Hamburger Ausfallstraße, findet eine von mehreren Kundgebungen des »Hamburger Bündnis gegen rechts« statt. Schon vormittags haben sich Hunderte Gegendemonstranten versammelt. Ziel: von hier aus auf die Neonaziroute kommen und blockieren. Mit dabei, eine Gruppe von Mitgliedern der Partei Die Linke aus dem Landkreis Harburg, südlich von Hamburg, von der Antifa und befreundeten Gruppierungen, die Mehrzahl junge Erwachsene.

Noch herrscht entspannte Stimmung auf der Kreuzung. Die Leute sitzen auf dem Asphalt in der Sonne, aus dem Lautsprecherwagen wum-

mern die Beats. Gegen zehn aber eskaliert die Lage. Die Demonstranten drängen gegen die Polizeikette in einer Nebenstraße vor. Es kommt zu Rangeleien, die Beamten setzen Schlagstöcke und Pfefferspray ein. Zwei Demonstranten bluten heftig am Kopf, werden von Sanitätern versorgt, etlichen tränen die Augen vom Pfefferspray.

Dann der Rückzug auf die Kreuzung, die Gruppe stärkt sich mit Keksen, Schokoriegeln und Saft. Der Tag wird lang. Über den Lautsprecherwagen werden alle auf dem laufenden gehalten: An einem anderen Kundgebungsort seien »Genossen der Antifa« von der Polizei eingekesselt worden. Buhrufe und Pfiffe.

Ein Großteil der Demonstranten setzt sich schließlich in Bewegung. Zwischen Wohnhäusern gelangen die Demonstranten durch Gänge ins

Wohngebiet von Eilbek. Keine Polizei weit und breit. Dirigiert von einem Mann mit Megaphon erreicht die Menge eine Straßenkreuzung auf der geplanten Route der Nazis. Rund 200 Leute besetzen die Kreuzung.

Die Stimmung ist entspannt, auch wenn an der nächsten Kreuzung berittene Polizei zu sehen ist. Der Lautsprecherwagen kommt, und es ertönen Techno-Beats, einige tanzen. Vermummte zünden ein paar Meter weiter einen Plastikcontainer an, schwarzer Rauch hüllt alle ein. Zwei Stunden Warten sind angesagt, dann wird klar, daß die Nazis von der Polizei umgeleitet worden sind. Alle laufen los. Auf der Wandsbeker Chaussee stehen Wasserwerfer, jede Menge Polizeiwannen, Hunderte Polizisten.

In einer engen Wohnstraße eskaliert die Lage. Polizeiketten vor einer

Kreuzung deuten auf die neue Route der Nazis hin. Hunderte Gegendemonstranten versuchen die Ketten zu durchbrechen, es fliegen Steine, Flaschen, Bretter. Zwei Wasserwerfer sind im Einsatz, immer wieder stürmen Trupps der Polizei vor, prügeln auf die Leute ein. »Verpflückt euch!« brüllt ein Beamter.

Dann kommen die Nazis. Nur ihre Fahnen sind zu sehen. Wieder fliegen Steine und Flaschen. Aber die Polizeiketten stehen. Die Demonstranten ziehen ab. Alle sind kaputt, aber nicht unzufrieden. Es ist nicht gelungen, den Aufmarsch der Nazis zu verhindern – das war angesichts des massiven Polizeieinsatzes unmöglich. Aber Tausende haben an diesem Tag in Wandsbek ein machtvolles Zeichen gesetzt, daß sie es nicht tatenlos hinnehmen, wenn die Nazis ihre Propaganda auf die Straße tragen.

»Ey, wir sind doch postgender«

Berliner Piraten diskutierten über Diskriminierung in den eigenen Reihen

Wir hatten eine Menge Einzelfälle in dieser Partei«, sagt ein punkiger junger Mann zur Begrüßung. Unter dem Motto »Diskriminierung geht uns alle an« hat die Piratenpartei Berlin am Freitagabend zu einer Podiumsdiskussion in der Friedrichshainer Galiläakirche eingeladen.

Am 6. April hatte sich die Jugendorganisation Junge Piraten in einem offenen Brief über rassistische, sexistische und andere diskriminierende Aussagen von Parteimitgliedern beschwert, die sich im Gegenzug auf die Meinungsfreiheit beriefen.

Nach einem theoretischen Impulsreferat von Matthias Mergl, der ein Buch mit dem sperrigen Titel »Der Terror der Selbstverständlichkeit – Widerstand und Utopien im Neo-Individualismus« geschrieben hat, wurden die Beispiele sehr konkret.

Yonas Endrias war entsetzt, als er sogar in der Arbeitsgruppe Integration darüber diskutieren mußte, »warum ich nicht »Neger« genannt werden will«. Während sich seine Sitznachbarrin auf dem Podium, Laura Dornheim, dafür »in Grund und Boden schämt«, wollte ein Pirat aus dem Publikum anmerken, daß dies aber nicht alle Farben als Beleidigung empfinden, er kenne da Gegenbeispiele. »Stopp. Das passiert nicht, während ich hier Moderation mache«, unterbrach ihn Daniel Schweighöfer. Viele bezogen sich danach schockiert auf den Beitrag des Mannes. »Ich wollte nicht darüber diskutieren, ob ich das sagen darf, wenn ich weiß, daß es jemanden verletzt. Wenn ich das weiß, dann mache ich es nicht«, stellte er später in Einzelgesprächen klar. Ein bißchen sah es so aus, als habe er die geballte Kritik für all diejenigen abbekommen, die es an

diesem Abend gar nicht für nötig hielten, sich der Diskussion zu stellen.

Laura Dornheim hatte selbst eher Erfahrungen mit Sexismus in der Piratenpartei gemacht. Sie erinnert sich an Aussagen wie: »Ey, wir sind doch postgender, warum beschwerst du dich, wenn irgend jemand was Gemeines zu dir sagt, weil du 'ne Frau bist?« Dabei will sie nicht den Eindruck erwecken, daß die Piraten in diesem Punkt schlimmer seien als andere Parteien. »Unsere Transparenz«, sagt sie mit Blick auf die zahlreichen Internetdiskussionen, spüle eben besonders »viel Kackscheiße nach oben«. Und: »Es würde schon wahnsinnig viel helfen, wenn alle Piraten mal das Programm lesen würden.« Denn darin werden Sexismus und Homophobie ebenso abgelehnt wie Alltagsrassismus, der aus der Mitte der Gesellschaft kommt. Leute, die das alles neu

diskutieren wollen, bis hin zur Frage, ob Gewalt gegen Menschen diskutabel sei, würde Dornheim ganz einfach »rausschmeißen«.

»Von wegen, wir sind eine junge Partei und müssen alles neu definieren – Bullshit«, sagt eine Teilnehmerin aus dem Publikum. Es gebe durchaus Werte, die sie nicht zur Disposition stellen wolle. »Wir sind eine Partei«, betont eine andere, »wir dürfen parteiisch sein.«

Piratin Ulrike Pohl, die im Rollstuhl sitzt, berichtet nicht von behindertenfeindlicher Annahme, wohl aber von fehlender Rücksichtnahme. Drei Minuten Pause seien für sie einfach zu kurz. »Ich brauche eine Viertelstunde.« Die Piraten wollen das Thema Diskriminierung weiterhin ernst nehmen. Im August soll eine zweiteilige Konferenz auf die Veranstaltung folgen.

Claudia Wangerin

Elitär und überflüssig

»Deutschlandstipendium« bleibt weit hinter Zielen der Regierung zurück. Kritiker fordern dessen Abschaffung. **Von Ralf Wurzbacher**

Annette Schavans (CDU) »Deutschlandstipendium« kommt einfach nicht in die Gänge. Das im vergangenen Jahr mit viel Tamtam an den Start gebrachte staatlich-private Begabtenförderprogramm bleibt auch im laufenden Jahr weit hinter den Zielen der Bundesregierung zurück. Wie der SPD-Parlamentarier Klaus Hagemann in Erfahrung gebracht hat, wurden von den im Bundeshaushalt 2012 veranschlagten Mitteln nach fünf Monaten kaum mehr als 15 Prozent abgerufen. Obwohl das Scheitern des Instruments damit offen zutage liegt, denkt die Bildungsministerin nicht daran, die Reißleine zu ziehen. Ihre Kritiker fordern genau dies mit Vehemenz.

Schavan hat es dieser Tage nicht leicht. Als mühte sie sich nicht schon mit Vorwürfen, bei ihr Doktorarbeit abgekupfert zu haben, herumschlagen, produziert jetzt auch noch ihr liebste Renommierprojekt nichts als negative Schlagzeilen. Erst am Dienstag hatte das Statistische Bundesamt die peinliche Abrechnung für 2011 geliefert: Von den derzeit weit über zwei Millionen Studierenden kamen kümmerliche 5400 in den Genuss einer Förderung. Weil es eigentlich 10000 hätten sein sollen, verfielen sieben Millionen Euro an bewilligten Bundesmitteln ungenutzt. Gleichwohl lud Schavan am Mittwoch zum einjährigen Jubiläum nach Berlin. Motto des Festakts: »Viel erreicht, viel vor.« Und ihre Staatssekretärin Cornelia Quenett-Thielen ließ sie verkünden: »Das Deutschlandstipendium kommt gut an.«

Von wegen. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Hagemann hat mit einer Anfrage bei der Regierung nachgebohrt. Wie die *junge Welt* vorliegende Antwort ergab, wurden von den für 2012 verplanten 36 Millionen Euro bis Ende Mai gerade einmal 5,5 Millionen Euro ausgeschüttet. 650000 Euro gingen für Werbung drauf, dazu kommen Akquisitionskosten in noch nicht bezifferter Höhe. Damit dürften deutlich unter fünf Millionen Euro bei Stipendiaten angekommen sein. In den ausstehenden sieben Monaten müssten sechsmal so viele Mittel wie

bislang ausgegeben werden, um die Vorgaben zu erfüllen. »Die Koalition sollte und kann jetzt noch erhebliche Mittel für 2012 zugunsten der Studienförderwerke umschichten«, empfahl Hagemann. Andernfalls drohte ein Großteil des Geldes erneut dem Wissenschaftssystem verlorenzugehen, sagte er Spiegel online.

Mit dem »Deutschlandstipendium« erhalten Studierende mit »herausragenden Leistungen« monatlich 300 Euro

für mindestens zwei Semester und maximal für die Dauer der Regelstudienzeit (jW berichtete). Die Hälfte stammt von privaten Geldgebern aus der Wirtschaft, von Stiftungen oder Einzelpersonen. Die anderen 150 Euro steuert der Bund bei. Schavan will das System als »dritte Säule der Studienfinanzierung« neben dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) und Studienkredit etablieren. Für ihre Kritiker markiert das Pro-

gramm hingegen den Versuch, dem nach rein sozialen Gesichtspunkten vergebenen BAföG das Wasser abzugraben. Die Regierung geizt dabei weder mit Geld noch mit großen Sprüchen. Mittelfristig sollen acht Prozent aller Studierenden profitieren – das wären nach aktuellem Stand über 190000. In diesem Jahr soll ein Prozent der Hochschüler, also 24000, zum Zuge kommen.

Allerdings hat Schavan die Rechnung ohne die Wirtschaft gemacht. Zwar mögen inzwischen drei Viertel der Hochschulen beim Programm mitziehen. Solange sie aber kaum private Förderer anwerben, lohnt sich der ganze Aufwand nicht. Der Eliteforscher Michael Hartmann von der Universität Darmstadt erklärt sich das so: »Bei Unternehmen herrscht die Haltung vor: Warum sollte ich plötzlich für etwas zahlen, das bisher von seiten des Staates geleistet wurde?«. Dem Soziologen ist deshalb auch nicht bange. »Das ist und wird nicht der beschworene große Wurf«, meinte er gegenüber jW. Einen vorzeitigen Abbruch erwartet er allerdings nicht. »Das ist doch eine Herzensangelegenheit von Frau Schavan«. Mit einer Abwicklung sei erst zu rechnen, wenn eine andere Regierung ans Ruder kommt.

Schavans Gegner geben indessen keine Ruhe. SPD, Grüne und Linkspartei wollen das Deutschlandstipendium schleunigst abgeschafft sehen. Der studentische Dachverband fzs nennt das Instrument einen »Bonus für Gutgestellte«. Vollzeitstudierende, die sich nebenher ihren Lebensunterhalt verdienen müssten, »haben kaum die Möglichkeit, so gute Noten zu bekommen, daß sie ein Stipendium erhalten können«, monierte fzs-Vorstand Eric Marquardt in einer Pressemitteilung. »Das Deutschlandstipendium ist elitärer Mist« und »macht sich selbst überflüssig«, beklagten die SPD-nahen Juso-Hochschulgruppen. »Die privaten Mittel werden allein nach profitorientierten Motiven eingesetzt. Mit einer gerechten Studienfinanzierung hat das nichts zu tun.«



Studentenproteste gegen die Bildungspolitik von Schwarz-Gelb, Hannover, Juni 2010

SPD-Chef Gabriel: Troika bis 2013

MÜNCHEN. SPD-Chef Sigmar Gabriel hat Forderungen aus seiner Partei zurückgewiesen, die SPD-Führungsgruppe jetzt aufzulösen und den Kanzlerkandidaten noch in diesem Jahr zu küren. »Es bleibt bei dem verabschiedeten Fahrplan«, sagte er dem *Focus* laut Vorabmeldung vom Sonntag. Jetzt gehe es darum, die politischen Herausforderungen zu definieren. »Dann werden wir Anfang 2013 nach der Wahl in Niedersachsen eine geeignete Person aufstellen.« Zum Verhältnis der SPD-Führungsgruppe untereinander sagte Gabriel: »Es gibt keine dramatischen Unterschiede zwischen Peer Steinbrück, Frank-Walter Steinmeier, Hannelore Kraft oder Sigmar Gabriel.« (dapd/jW)

EU-Spitzen arbeiten an »Masterplan«

BERLIN. Die Spitzen der europäischen Institutionen sollen an einer grundlegenden Erneuerung der EU arbeiten. Die Zeitung *Welt am Sonntag* berichtete, EU-Ratspräsident Herman von Rompuy, Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso, der Euro-Gruppen-Vorsitzende Jean-Claude Juncker und der Präsident der Europäischen Zentralbank Mario Draghi planten eine Fiskalunion, eine Bankenunion, eine politische Union und Strukturreformen. Das Blatt schrieb, die vier Spitzenvertreter wollten auf dem EU-Gipfel Ende Juni einen Fahrplan präsentieren, den die Staats- und Regierungschefs bis Ende des Jahres offiziell beschließen sollten. (dapd/jW)

Erneut Anschlag auf Carloft in Kreuzberg

BERLIN. Ein sogenanntes Carloft in Kreuzberg ist mit Farbputz beworfen worden. Mitarbeiter eines Sicherheitsdienstes entdeckten die Verschmutzung des Luxushauses in der Liegnitzer Straße am Sonntagmorgen, wie die Polizei mitteilte. Augenzeugen zufolge waren rote Farbklecke an der Mauer und an Fensterscheiben zu sehen. Die Ermittler gehen davon aus, daß es sich um Täter aus der linken Szene handelt. Das Wohnprojekt, das als Symbol für die fortschreitende Gentrifizierung in der Stadt gilt, war in der Vergangenheit bereits mehrfach Ziel von Anschlägen. In dem Carloft befindet sich der Pkw-Stellplatz direkt auf dem Stockwerk der Wohnung. Die Autos werden mit einem Fahrstuhl auf die Etage gebracht. (dapd/jW)

»Nur noch« 40 Millionen übrig

Insolvenzverwalter attackiert Schlecker-Familie und FDP

Nach dem endgültigen Aus für die Drogeriekette Schlecker hat der Insolvenzverwalter Arndt Geiwitz die Familie Schlecker und die FDP attackiert. Beide seien mitverantwortlich, daß die Rettung des Unternehmens nicht glückte, sagte Geiwitz dem *Spiegel*. Geiwitz hat demnach die weiterhin vermögende Familie Schlecker noch kurz vor dem Beschluß über die Zerschlagung am vergangenen Freitag um eine Verlustfinanzierung von sieben bis neun Millionen Euro für den Monat Juni gebeten. Doch die Familie »war entweder nicht bereit oder nicht in der Lage«, diese Summe zu zahlen, sagte der Insolvenzverwalter dem Hamburger Magazin.

Der FDP warf Geiwitz vor, daß sie eine Bürgschaft für eine Transfergesellschaft abgelehnt hatte. »Das hat nicht nur uns den Garaus gemacht, sondern war auch eine Farce für die Betroffenen«, sagte Geiwitz demnach. Die FDP

könne eine Transfergesellschaft aus ordnungspolitischen Gründen zwar ablehnen, doch dann müsse sie »auch die Konsequenzen klar benennen und nicht nur auf die Vermittler der Arbeitsagentur verweisen«, warf er den Liberalen vor. Die Schlecker-Familie besitzt laut einem Bericht des *Handelsblattes* (Wochenendausgabe) nach der Insolvenz weiter ein Privatvermögen von 35 bis 40 Millionen Euro. Die Schlecker-Kinder Lars und Meike sollen den Millionenbetrag mit ihrer Leiharbeitsagentur »Meniar« erwirtschaftet haben. Über das Subunternehmen seien rund 4300 zuvor entlassene Schlecker-Mitarbeiter zu deutlich schlechteren Konditionen in Leiharbeitsverträgen an Schlecker zurück vermittelt worden.

Noch vor drei Jahren soll das Vermögen der Familie fast drei Milliarden Euro betragen haben. Meike Schlecker, die zusammen mit ihrem Bruder Lars vor der Insolvenz mehr Verantwortung

in der Firma übernehmen sollte, sagte bereits im Januar über das Vermögen ihres Vaters: »Es ist nichts mehr da, er hat alles in das Unternehmen eingebracht.« Anton Schlecker hatte das Unternehmen als eingetragener Kaufmann geführt und muß mit seinem gesamten Privatvermögen dafür einstehen. »Die Familie wird sehr genau auf Übertragungen untersucht«, sagte der Sprecher des Insolvenzverwalters, Alexander Güttler, der Nachrichtenagentur *dapd*. Das Anwesen der Familie in Ehingen ist beispielsweise im Besitz von Anton Schleckers Frau Christa. Wie und wann es übertragen wurde, ist nicht bekannt.

Unterdessen gibt es offenbar bereits Lösungen für die Schlecker-Tochter Ihr Platz und die 342 XL-Märkte. Diese werden möglicherweise vom Münchner Finanzinvestor Dubag übernommen, berichtete die *Neue Ostbayerische Zeitung*. Dubag habe Ihr Platz bereits gekauft, sagte Ihr-Platz-Insolvenzver-

walter Werner Schneider. Der Übernahme müßten allerdings noch die Schlecker-Gläubiger und das zuständige Insolvenzgericht, das Amtsgericht Ulm, zustimmen. Daneben interessiere sich Dubag auch für die XL-Filialen.

Am Freitag hatte der Gläubigerausschuß die Zerschlagung von Schlecker beschlossen. Die Drogeriekette macht nach dem Ausverkauf von 2800 Märkten dicht. Die Zahl der betroffenen Mitarbeiterinnen, die noch im Juni gekündigt werden sollen, differierte in Aussagen der Insolvenzverwaltung. Geiwitz sprach von 13762 Mitarbeiterinnen, in der offiziellen Mitteilung war von 13200 die Rede. Geiwitz-Sprecher Güttler zufolge stammt die erste Zahl aus der letzten offiziellen Prüfung im Unternehmen. Die zweite Zahl stellt die im Juni vermutete Beschäftigtenzahl dar, die sich beispielsweise durch freiwillige Kündigungen immer weiter reduziert. (AFP/dapd/jW)

Das jW-Onlineabo

Die erste

Flat

für linken Journalismus

www.jungewelt.de/flat

Anschlag auf Kirche in Nigeria

YELWA. Bei einem Selbstmordanschlag auf eine Kirche im Norden Nigerias sind zwölf Menschen getötet worden. Der Attentäter fuhr am Sonntag mit einem Auto voller Sprengstoff in das Gotteshaus in der Stadt Yelwa in der Nähe von Bauchi. Ein Reuters-Reporter vor Ort zählte zwölf Leichen, die nach der Tat vor dem Gebäude aufgereiht wurden. Einem Augenzeugen zufolge waren zwei Polizisten unter den Toten. (Reuters/W)

Aufständische in Darfur getötet

KHARTUM. Die sudanesischen Armee hat nach eigenen Angaben in der Krisenregion Darfur 45 Rebellen getötet. Die Mitglieder der Bewegung für Gerechtigkeit und Gleichheit (JEM) hätten am Samstag einen Markt im Osten Darfurs geplündert und Zivilisten angegriffen, teilten Armee und Behörden am Sonntag mit. Die Rebellen selbst hatten vor dem Vorfalle behauptet, die Kontrolle über einen Militärkomplex eingenommen und mehrere Soldaten getötet zu haben. In der Region kämpfen mehrere Rebellenorganisationen gegen regierungstreue Milizen und Streitkräfte. (AFP/W)

Geiselfreie in Afghanistan

KABUL. Von Hubschraubern unterstützte Sondereinsatzkräfte der NATO haben am Samstag im Nordosten Afghanistans zwei verschleppte ausländische Entwicklungshelferinnen sowie drei einheimische Geiseln aus der Hand ihrer Entführer befreit. Wie ein NATO-Sprecher mitteilte, wurden bei dem Einsatz vor Beginn der Morgendämmerung fünf Entführer getötet. Die Geiseln seien in einer Höhle in der entlegenen Provinz Badachshan festgehalten worden. (AFP/W)

Flugzeugunglück in Ghana

ACCRA. Beim Landeanflug auf den Flughafen der ghanaischen Hauptstadt Accra ist eine Frachtmaschine über die Landebahn hinausgerast und mit einem Bus zusammenstoßen. Alle zehn Menschen in dem Bus kamen dabei am Samstagabend ums Leben. Die vier Besatzungsmitglieder der Boeing 727 der Allied Air aus Nigeria überlebten das Unglück und wurden in ein Krankenhaus gebracht. (dapd/W)

Abwärtstrend stoppen

Griechenland: SYRIZA kündigt für den Fall des Wahlsieges am 17. Juni das Ende der Kürzungsmaßnahmen und die Loslösung von der NATO an. **Von Heike Schrader, Athen**

Das mit den Gläubigern von griechischer Seite ausgehandelte Memorandum über die Austeritätsmaßnahmen wird annulliert. Mindestlohn und Arbeitslosengeld werden wieder auf den alten Stand gebracht. Alle kleinere und mittlere Einkommen belastenden Sondersteuern werden zurückgenommen, die Mehrwertsteuer schrittweise gesenkt und statt dessen hohe Einkommen stärker besteuert. Das verspricht Alexis Tsipras bei der Vorstellung seines Wahlprogramms am Freitag in Athen. Gleichzeitig kündigte der SYRIZA-Spitzenkandidat ein Ende der Vernetzung im Staatsapparat sowie der Steuerhinterziehung und die schrittweise Einführung einer staatlichen Kontrolle über Banken und Schlüsselindustrien des Landes an.

Eine Aufkündigung der Mitgliedschaft in Euro und EU verbindet SYRIZA mit diesem Programm jedoch nicht. Man werde mit den Gläubigern über die Streichung eines Teils der Schulden sowie bessere Bedingungen

bei der Rückzahlung des Restes verhandeln, so Tsipras. Außenpolitisch gelte es, neben der EU vor allem die Beziehungen zu den benachbarten Balkanstaaten, aber auch mit Lateinamerika zu stärken, erläuterte im weiteren der SYRIZA-Abgeordnete Thodoris Dritsas, dessen Äußerungen von den anwesenden Botschaftern Venezuelas und Kubas sowie des französischen Konsuls in Athen verfolgt wurden. Unmißverständlich erteilte Dritsas der Beteiligung einer griechischen Linksinregierung an etwaigen Interventionen im Iran oder Syrien eine Absage. Kein griechischer Soldat habe etwas außerhalb der Landesgrenzen zu suchen, so der SYRIZA-Abgeordnete. Langfristig werde eine Loslösung von der NATO angestrebt.

Die von der sozialdemokratischen PASOK zur Linksalianz gewechselte Abgeordnete Sofia Sakorafa stellte das Programm des Bündnisses für eine Demokratisierung staatlicher Institutionen vor. Es umfaßt unter anderem Änderungen des Wahlsystems, die

Stärkung der regionalen Verwaltung sowie basisdemokratischer Strukturen und die Trennung von Kirche und Staat. Bei Demonstrationen eingesetzte Polizeibeamte dürften keine Waffen tragen, die Einheiten der Bereitschaftspolizei (Riot-Cops) würden aufgelöst und die Beamten in den normalen Polizeidienst eingegliedert, so Sakorafa.

Man hätte zumindest verbal ein radikaleres Programm erwartet, kommentierte die Generalsekretärin der Kommunistischen Partei Griechenlands, KKE, den Entwurf der Konkurrenz im linken Lager. »Verbal, denn in seinem Wesen vertrauen wir ihm ohnehin nicht«. Statt dessen hätte sich »der Diamant als Kohlenstaub« herausgestellt, so Aleka Papariga. »Ich kann mir vorstellen, daß ein großer Teil der Industriellen, der Reeder dem Programm von SYRIZA applaudiert, denn es bleibt weit hinter den großen Parolen und radikalen Aussagen der ersten Wahlkampfrunde zurück. Stellt euch vor, wie sich dieses Programm erst entwickelt, wenn SYRIZA Regierung wird.«

Bereits am Donnerstag hatte auch die konservative Nea Dimokratia ihr Wirtschaftsprogramm vorgestellt, das unter anderem ebenfalls die Anhebung von Mindestlohn, Arbeitslosengeld und niedrigen Renten sowie die Senkung der Mehrwertsteuer auf den Stand von 2009, vor Unterzeichnung des ersten Austeritätsmemorandums, enthält. Die Umsetzung all dieser Maßnahmen wird aber von erfolgreichen Neuverhandlungen der Memoranden mit den Gläubigern abhängig gemacht. In der Vergangenheit war der Vorsitzende der Nea Dimokratia, Antonis Samaras, mit derartigen Vorschlägen insbesondere bei der deutschen Schwesterpartei CDU mehrfach gescheitert.

Letzten Umfragen zufolge liefern SYRIZA und Nea Dimokratia sich ein Kopf-an-Kopf-Rennen um den Platz der stärksten Partei und die damit verbundenen, für eine Regierungsbildung ausschlaggebenden 50 Bonussitze im 300köpfigen Parlament bei den am 17. Juni anstehenden Wahlen.

TAUSENDE ISRAELIS PROTESTIEREN GEGEN HOHE LEBENSHALTUNGSKOSTEN

JERUSALEM. Tausende Israelis haben am Samstagabend gegen die hohen Lebenshaltungskosten und soziale Ungerechtigkeit demonstriert. In Tel Aviv gingen rund 3 000 Menschen auf die Straße, wie ein AFP-Korrespondent berichtete. Nach seinen Angaben protestierten mehrere Teilnehmer auch gegen wachsenden Rassismus in der Metropole, in der Zehntausende Einwanderer aus Afrika leben. In Jerusalem beteiligten sich rund tausend Demonstranten an einem Protestmarsch zur Residenz von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu. Auf Spruchbändern forderten sie unter anderem »Gerechtigkeit, keine Almosen«. Laut einem Polizeisprecher nahmen landesweit rund 5 000 Menschen an den Protesten teil. Mit den Demonstrationen wollen die Initiatoren an die Protestbewegung des vergangenen Sommers anknüpfen. Anfang September 2011 hatten landesweit eine halbe Million Menschen demonstriert.

(AFP/W)



Protest mit unklarem Ziel

Bolivians Regierung plant Bergwerksverstaatlichung. Trotzdem demonstrieren Indigene

In Bolivien demonstrieren Bewohner der Bergbauregion Potosí gegen eines der größten Minenprojekte des Landes. Am Freitag machte sich ein Protestmarsch von Indigenen auf den Weg zum Regierungssitz in La Paz. Medienberichten zufolge liegt die Teilnehmerzahl zwischen 1 000 und 5 000. Die Demonstranten, die sich am Vortag in der Kleinstadt Ciracollo im Departamento Oruro gesammelt hatten, fordern die Enteignung einer Tochterfirma des kanadischen Minenunternehmens South American Silver (SAS), einen Stopp aller Bergbauaktivitäten wegen drohender Umweltschäden sowie die Freilassung eines ihrer Anführer, der bei Protesten gegen SAS verhaftet worden war. Hinter dem kanadischen Konzern stehen vor allem Investoren aus Asien, die sich vermutete High-Tech-Rohstoffe wie Indium

und Gallium sichern wollen.

Die bolivianische Regierung bemüht sich, die Wogen zu glätten. Am Donnerstag unterzeichneten Vertreter der um den Berg Cerro Mallku Khota im Norden von Potosí gelegenen Gemeinden ein Abkommen mit den Behörden. Darin verpflichten sich die lokalen Vertreter, die Bergbauaktivitäten der Kanadier zunächst zu respektieren. Im Gegenzug werde La Paz in den 60 betroffenen Gemeinden eine Volksbefragung über die Zukunft dieser Industrie initiieren. »Der Staat hat immer eine Politik der Nationalisierung vorangetrieben«, stellte Bolivien Vizepräsident Alvaro García Linera eine Verstaatlichung der Minen in Aussicht. »Wenn sich die fünf Ayllus (indigene Gebiete – Anm. d. Red.) auf eine gemeinsame Position einigen, steht die Regierung bereit. Der Staat kann

Erkundung und Ausbeutung selbst in die Hand nehmen«, so der studierte Soziologe.

»Mangels Informationen einiger Personen, besonders des Verbandes der Hochlandindigenen CONAMAQ« habe sich der Protestmarsch dennoch in Bewegung gesetzt, zeigte sich Bergbauminister Mario Virreyra am Freitag verwundert. So habe die CONAMAQ-Führung, die sich zunehmend von der Linksinregierung entfernt hat und in direktem Kontakt mit der US-Botschaft steht, einen internationalen Aufruf verfaßt. Darin wird der Abbau von Bodenschätzen ohne vorherige Konsultation indigener Völker gemäß ILO-Konvention 169 beklagt. »In Wirklichkeit gibt es noch keinen Abbau«, erklärte der Bergbauminister die rechtliche Lage.

Schon am vergangenen Mittwoch hatte das Bergbauministerium ge-

warnt, hinter dem Protest stünden illegale Goldsucher, deren »einzigstes Ziel die Bewahrung ihrer Privilegien« sei. 1996 hatte die damalige neoliberale Regierung von Präsident Gonzalo Sánchez de Lozada der Bergbaufirma Mallku Khota, einer hundertprozentigen SAS-Tochter, eine bis 2015 gültige Erkundungsgenehmigung für das Gebiet erteilt.

Nicht alle Gemeinden der Region sind gegen die Kanadier, viele hoffen auf Arbeitsplätze. »Wir erkennen den Protestmarsch nicht an, der nur von zwei Gemeinden in Mallku Khota unterstützt wird«, stellt deshalb eine Erklärung von Politikern des Verwaltungsbezirks Sacaca klar. »Wir garantieren die Arbeiten des Unternehmens, die Regierung wird dafür 180 Polizisten bereitstellen.«

Benjamin Beutler

Wir sammeln Spenden

für den

Botanischen Garten Pinar del Rio

in Kuba zum Bau eines Pflanzenpavillons und zum Kauf von Gartentechnik

»Kuba unter der Lupe« auf www.fg-berlin-kuba.de

FBK

FREUNDSCHAFTSGESELLSCHAFT BERLIN-KUBA e.V.
Calle de la Casa de la Cultura Opa Benito, Richarda 104, 12043 Berlin

Haft für immer

Ägypten: Mubarak zu lebenslangem Gefängnis verurteilt. Proteste der Regimegegner. Anwalt kündigt Berufung an. **Von Karin Leukefeld**

Der frühere ägyptische Präsident Hosni Mubarak und sein damaliger Innenminister Habib Al-Adli sind in Kairo zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Beide wurden für schuldig befunden, für den Tod von bis zu 900 Demonstranten verantwortlich gewesen zu sein, die von ägyptischen Sicherheitskräften der Polizei und des Innenministeriums im Verlaufe der Proteste im Januar und Februar 2011 getötet worden waren. Mindestens 6000 Menschen waren damals verletzt worden. Die Zeit unter Mubarak sei eine Ära von »30 Jahren der Dunkelheit« und ein »finsterner Alptraum« gewesen, sagte Richter Ahmet Rifaat. Der habe erst geendet, als das Volk sich gegen Mubarak erhoben habe. Weder Mubarak noch Al-Adli hätten die Tötungen der Demonstranten verhindert. Yasser Bahr, ein Anwalt aus dem Verteidigerteam Mubaraks, kündigte Berufung gegen das Urteil an. Es sei »voll von juristischen Fehlern«, sagte Bahr. Man werde die Berufung zu »eine Million Prozent« gewinnen.

Sechs ebenfalls angeklagte hohe Polizeioffiziere wurden dagegen freigesprochen. Die Anklage habe zu wenige konkrete Beweise vorgelegt, begründete Richter Rifaat die Entscheidung. Sowohl Mubarak als auch seine beiden Söhne Gamal und Alaa wurden zudem vom Vorwurf der Korruption freigesprochen. Die Sache sei verjährt.

Anwälte von Opferangehörigen protestierten nach der Urteilsverkündung noch im Gerichtssaal. »Das Volk will die Justiz säubern«, riefen sie und hielten Banner hoch, auf denen stand: »Gottes Urteil ist die Hinrichtung«. Bei einem Handgemenge im Gericht und davor sollen mindestens 60 Menschen verletzt worden sein. Unter Berufung auf Sicherheitskreise berichtete das staat-



Der Prozess gegen den einstigen ägyptischen Staatschef ist zu Ende

liche Fernsehen später, der 84-jährige Mubarak habe auf dem Transport ins Gefängnis Tora einen Herzinfarkt erlitten. Bisher war Mubarak in einem Militärkrankenhaus untergebracht.

Nach Bekanntwerden des Schuldspruchs, der live im Fernsehen übertragen worden war, zogen Tausende Menschen in Kairo auf den Tahrir-Platz und protestierten gegen die Urteile. Auch in Alexandria, Suez und anderen Städten kam es zu Protesten. Der Freispruch für die Polizeioffiziere wurde zurückgewiesen, einige Demonstranten forderten die Todesstrafe für Mubarak. »Der Gerechtigkeit wurde nicht Genüge getan«, sagte Ramadan Ahmed, dessen Sohn am 28. Januar 2011 getötet wurde. Prozess und Schuldspruch seien »ein Schwindel«. Mohammed Mursi, der Präsidentschaftskandidat der Muslimbruderschaft bezeichnete das Urteil als »Farce« und forderte ein neues Verfahren mit »gerechter Bestrafung«.

Ann Harrison, stellvertretende Leiterin der Abteilung für den Mittleren Osten und Nordafrika bei Amnesty International, begrüßte das Urteil gegen

Mubarak und Al-Adli. Gleichzeitig kritisierte sie, daß die wahren Umstände der damaligen Ereignisse noch immer im dunkeln liegen. Die ägyptischen Behörden mußten eine »unabhängige Untersuchungskommission« einrichten, die »die Lücke füllt, die das Gericht offengelassen hat«.

Richter Ahmed Rifaat habe sich mit dem Mittelweg zwischen Todesstrafe und Freispruch dem Druck (der Militärs) gebeugt, hieß es von seiten der Kritiker. Er habe die angespannte Stimmung im Land zwischen Anhängern und Gegnern Mubaraks vor der Stichwahl um das Präsidentenamt beruhigen wollen. Bei der Abstimmung am 16. und 17. Juni stehen sich der letzte Ministerpräsident unter Mubarak, Ahmed Schafik, und ein Kandidat der unter Mubarak verbotenen Muslimbruderschaft, Mohammed Mursi, gegenüber. In den Städten Hurghada und Fajjum wurden am Samstag die Wahlkampfzentralen von Schafik angegriffen und beschädigt.

Bis zu 20 000 Menschen hatten sich am Samstag auf dem Tahrir-Platz versammelt. Hunderte schlugen dort Zelte auf und blieben über Nacht. Auf Spruchbändern kündigten die Demonstranten eine »neue Revolution« im Namen der 900 »Märtyrer« an. Sie skandierten auch Parolen gegen den Militär, der nach dem Abgang von Mubarak im Februar 2011 die Macht übernommen hatte. Einige Demonstranten forderten die Absage der Präsidentschaftswahlen. Amr Magdy, der die Nacht zum Sonntag auf dem Tahrir-Platz verbracht hatte, ist überzeugt, daß der Platz sich wieder mit Demonstranten füllen werde. »Alle Institutionen werden noch immer von Mubarak-Leuten kontrolliert. Der einzige Weg, in Ägypten Gerechtigkeit zu bekommen, ist der Protest.«

Deutsche Staatsräson

Rüstet Israel von BRD gelieferte U-Boote nuklear auf? Der Verdacht ist Jahre alt

Hat Deutschland den israelischen Streitkräften Waffensysteme geliefert und teilweise sogar geschenkt, die nun als Abschlußplattformen für Atomraketen dienen? Mit der Titelgeschichte der heutigen Ausgabe des *Spiegel* werden sachlich plausible Vermutungen, die mittlerweile mindestens zehn Jahre alt sind, wieder einmal in Erinnerung gerufen. Acht Autoren weist der Text als Mitarbeiter auf, darunter der international angesehene israelische Journalist Ronen Bergman, der seine Dissertation über den Geheimdienst Mossad geschrieben hat, und der deutsche Friedensforscher Offried Nassauer, der zeitweise für die Grünen aktiv war. Herausgekommen ist ein zwölf Seiten langer Text, der zur zentralen Frage keine neuen Erkenntnisse bringt und das aktuelle Cover des Nachrichtenmagazins als Mogelpackung blamiert.

Vier U-Boote hat die Kieler Werft HDW den Israelis seit 1996 geliefert, zwei weitere sind bestellt. Die deutschen Steuerzahler haben den Bau bisher schon mit mehr als einer Milliarde Euro bezuschußt. Die ersten zwei Schiffe bekam Israel sogar vollständig geschenkt, nachdem es sich geweigert hatte, den Ende 1989 abgeschlossenen

Kaufvertrag zu erfüllen. Im Juni 2002 meldete die *Washington Post*, freilich unter Berufung auf anonyme Quellen, daß Israel begonnen habe, die U-Boote mit Cruise Missiles auszustatten.

Ein wichtiges Verdachtsmoment ist mittlerweile bestätigt: Vier der zehn Torpedorehre dieser Schiffe haben auf besonderen Wunsch der Israelis einen größeren Durchmesser. Durch diese könnten möglicherweise Marschflugkörper abgeschossen werden, die eine Reichweite von 1500 Kilometer haben. Doch damit sind wir schon wieder im Bereich unbewiesener Vermutungen. Darüber weiß auch der *Spiegel* nichts Neues und schließt in einem beiläufigen Satz nicht einmal aus, daß die ganze Geschichte ein israelischer »Bluff« sein könnte.

Auf eine Anfrage der Bundestagsabgeordneten Sevim Dagdelen von der Linken, ob »diese Boote mit Trägersystemen für nukleare Waffen ausgerüstet werden könnten«, hatte die Bundesregierung im Mai ausweichend geantwortet: »Zu Spekulationen über die Eignung der U-Boote für den Einsatz von Atomwaffen gilt: Die Bundesregierung tritt entschieden für die Nichtverbreitung von Nuklearwaffen ein. Dementsprechend würde sie keine Lieferungen

von Trägersystemen für Nuklearwaffen genehmigen.« – Das entspricht früheren Äußerungen Berlins, die im *Spiegel* so zusammengefaßt werden: »Frei übersetzt heißt das: Ausgeliefert wird ein konventionelles U-Boot; was die Israelis damit machen, ist ihre Sache.«

Das Nachrichtenmagazin zitiert nun – und das immerhin ist eine wichtige Information – mehrere direkt mit den Vorgängen befaßte frühere Spitzenbeamte, die klipp und klar sagen, sie seien immer davon ausgegangen, daß Israel die U-Boote als Atomwaffen-Träger nutzen wolle. Darunter Hans Rühle (1982–1988 Leiter des Planungsstabs im Verteidigungsministerium), Lothar Rühl (1982–1989 Staatssekretär im selben Amt) und Wolfgang Ruppelt, der dort bis 1992 Rüstungsdirektor war. »Ein zuständiger Ministerialer« habe den Autoren bei ihren Recherchen gesagt: »Die Boote dienen von Anfang an vornehmlich dem Zweck der nuklearen Aufrüstung.«

Der israelische Verteidigungsminister Ehud Barak tut wenig, um den Verdacht zu zerstreuen. Dem *Spiegel* versicherte er: »Die Deutschen können stolz darauf sein, die Existenz des Staates Israel für viele Jahre gesichert zu haben.«

Knut Mellenthin

Sie lügen wie gedruckt. Wir drucken, wie sie lügen.

Probeabo? Ich abonniere gleich richtig!



Für ein Jahresabo gibt es eine unserer Prämien: (bitte am Ende der Bestellung auswählen)



Kyrylo Tkachenko:
Der Fall Mumia Abu-Jamal: Rassismus, strafender Staat und die US-Gefängnisindustrie
Mit einem Vorwort von Michael Schiffmann
Urrast-Verlag, broschüriert, 240 Seiten



Mumia Abu-Jamal:
We Want Freedom – Ein Leben in der Black Panther Party
Mit einem Vorwort von Kathleen Cleaver
Urrast-Verlag, broschüriert, 328 Seiten

☐ Ja, ich abonniere die *junge Welt* für mindestens ein Jahr

☐ Frau ☐ Herr

Name/Vorname

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail (bei Bestellung des Internetabos erforderlich)

Ich bestelle das

- ☐ Normalabo (mtl. 31,80 Euro),
☐ Solidaritätsabo (mtl. 40,30 Euro),
☐ Sozialabo (mtl. 24,80 Euro).

Das Abo läuft mindestens ein Jahr und verlängert sich um den angestrichelten Zahlungstermin, wenn ich es nicht 28 Tage vor Ablauf (Poststempel) bei Ihnen kündige.

Ich bestelle zusätzlich das

- ☐ Internetabo (zum vergünstigten Preis von mtl. 5,00 Euro).

Ich bezahle das Abo

- ☐ monatlich (nur mit Bankkreditkarte),
☐ vierteljährlich (3 % Rabatt),
☐ halbjährlich (4 % Rabatt),
☐ jährlich (5 % Rabatt).

per ☐ Einzugsermächtigung ☐ Rechnungslegung

Datum/Unterschrift

Die Prämie erhält ☐ der Werber ☐ der Geworbene ☐ Ich verzichte auf eine Prämie

Coupon ausgefüllt einsenden an:

Verlag 8. Mai GmbH, Torstr. 6, 10119 Berlin, oder faxen an die 030/53 63 55-44, E-Mail: abo@jungewelt.de

Ich ermächtige Sie hiermit, den Betrag von meinem Konto abzubuchen:

Kontoinhaber

Geldinstitut

Bankleitzahl

Kontonummer

Nutzungsregeln, die nicht der Verlag zu versenden hat, gehen zu meinen Daten.

Datum/Unterschrift

Ich habe das Abo gewonnen

☐ Frau ☐ Herr

Name/Vorname

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Telefon

Als Dankeschön für den Abschluß eines Jahresabos erhalte ich folgende Prämie (bitte auswählen):

- ☐ Kyrylo Tkachenko: Der Fall Mumia Abu-Jamal
☐ Mumia Abu-Jamal: We Want Freedom

MEHR US-KRIEGSSCHIFFE IN DEN PAZIFIK**Panzer und Kaninchen**

◆ Von Knut Mellenthin

Die USA setzen die Verschiebung ihrer militärischen Kräfte nach Ostasien fort. Verteidigungsminister Leon Panetta gab am Sonnabend während einer Konferenz in Singapur bekannt, daß in den kommenden Jahren 60 Prozent der amerikanischen Marine im Pazifik und im Indischen Ozean stationiert werden sollen. Die Umschichtung werde eine längere Zeit in Anspruch nehmen und möglicherweise erst 2020 abgeschlossen sein. Schon jetzt unterhalten die USA dort ungefähr die Hälfte ihrer Flotte, darunter sechs ihrer elf Flugzeugträger. Insgesamt verfügen die Vereinigten Staaten nach eigenen Angaben über 285 Kriegsschiffe. Einige von ihnen sollen in den kommenden Jahren wegen ihres Alters aus dem Dienst genommen und aus Kostengründen zunächst nicht durch neue Schiffe ersetzt werden.

Panetta antwortete mit seiner Ankündigung auf Fragen von Konferenzteilnehmern nach den Konsequenzen der »neuen Strategie«, die Präsident Barack Obama Anfang dieses Jahres auf einer Pressekonferenz des Pentagon präsentiert hatte. Ein zentraler Punkt soll die Konzentration der Streitkräfte aller Waffengattungen auf die militärische Einkreisung Chinas bei gleichzeitigen »Einsparungen« am Rüstungshaushalt insgesamt sein. »Wir werden unsere Präsenz im asiatisch-pazifischen Raum verstärken«, sagte Obama. »Haushaltskürzungen werden nicht auf Kosten dieser kritischen Region gehen.«

Chinas Hochseemarine ist zahlenmäßig und mehr noch qualitativ

unendlich viel schwächer als die der USA, die sich zudem auch noch auf das Potential ihrer Verbündeten innerhalb und außerhalb der NATO stützen kann. Der einzige Flugzeugträger der Chinesen, ein veraltetes Stück aus sowjetischen Beständen, das schon 1985 vom Stapel lief, ist höchstens ein Thema für aufgeregte Kommentare in manchen Mainstreammedien. China hat außerhalb seiner Grenzen keine Stützpunkte, und seine Kriegsschiffe würden im Fall einer militärischen Konfrontation mit den USA wahrscheinlich nicht einen einzigen ausländischen Hafen ansteuern können.

Das bevölkerungsreichste Land der Welt, Wirtschaftsmacht Nummer 2 hinter den USA, ist von der ständigen Zufuhr überseeischer Rohstoffe abhängig. Es hätte im Kriegsfall gegen eine weiträumige Blockade nicht die geringsten Abwehrmöglichkeiten.

Aber die Chinesen, sagte Panetta in Singapur, müssen sich überhaupt keine Sorgen machen: Der fortschreitende Kräfteaufbau der USA rund um ihre Land- und Seegrenzen richte sich nicht gegen China. Ebenso wie ja bekanntlich auch das geplante Raketenabwehrsystem der NATO sich nicht gegen Rußland richtet. Zu diesem Thema sagte Nikolaj Korchunow, Stellvertreter des ständigen russischen Vertreters bei der NATO, laut Welt vom 28. Mai: »Wenn mein Nachbar einen Panzer in seinen Garten stellt und auf meine Frage, was er damit wolle, antwortet: »Der ist gegen die Kaninchen«, dann wäre jeder irritiert.«

WELTREVOLUTIONÄR DES TAGES**Ferdinand Piech**

Im von ausländischer Intervention und Bürgerkrieg überzogenen jungen Sowjetrußland war der Revolutionär Trotzki zeitweilig der Ansicht, die Gewerkschaftsführungen müßten von Zeit zu Zeit »durchgerüttelt« und ihre Funktionen neu ernannt werden. Mao Tse Tung sah das mit dem »Rotationsprinzip« später ähnlich. Es erfuhr am Sonnabend im Volkswagenkonzern eine Auferstehung. Der heute höchst kurzfristig zu einer Pressekonferenz in einen kleinen Salon eines Flughafenhotels in Stuttgart gerufen, um eine Umkrempelung der gesamten Führungsmannschaft zu verkünden, VW-Vorstandschef Martin Winterkorn erklärte die Personalrochade von rund 30 Neubesetzungen im Konzernmanagement kühl mit: »Dieser Schritt gibt uns

zusätzliche Schubkraft auf dem Weg nach 2018.« Gemeint ist das Ziel, VW zum Weltmarktführer der Automobilindustrie zu machen. Daß Winterkorn beim Abkupfern von Weltrevolutionären vor allem eine Sprecherfunktion hatte, demonstrierte der wirkliche VW-Beherrscher, Aufsichtsratschef Ferdinand Piech, durch seine Anwesenheit in der ersten Reihe. Er gab sich leutselig uninformatiert und fragte Winterkorn, wieviele neue Manager von außen kämen. Sein Adlatus strahlte: »Keine Besetzung von außen.« Das VW-Personal sei einfach zu gut.

Da kann es ruhig mal zur Aufmunterung durcheinandergewirbelt werden. Laut Experten geht es dabei vor allem um China: In Europa schrumpft der Markt, in der Volksrepublik verkauft VW inzwischen die meisten Fahrzeuge – rund 2,3 Millionen 2011 – und nirgendwo hat der Konzern mehr Produktionsstandorte. Chef des neugeschaffenen Vorstandsressorts »China« wird der bisherige VW-Vorstand für Nutzfahrzeuge, Jochem Heintzmann. Mehr als 14 Milliarden Euro will der Konzern bis 2016 in China investieren, verstärkt in den westlichen Landesteilen. Ganz ohne Mao usw. geht das nicht. (as)

»Zu viele Bereiche bleiben außen vor«

SPD und CDU haben in Mecklenburg-Vorpommern ein Vergabegesetz beschlossen. Ver.di ist nicht zufrieden. **Ein Gespräch mit Frank Schischefsky**

Frank Schischefsky ist Pressesprecher von ver.di Nord

Die SPD-CDU-Koalition in Mecklenburg-Vorpommern will ein neues Landesvergabegesetz einführen. Darin sollen Mindeststandards für Ausschreibungen der öffentlichen Hand geregelt werden. Ver.di kritisiert Teile des Gesetzentwurfs. Was pat Ihnen nicht?

Die Absicht, ein solches Gesetz zu verabschieden, ist richtig. So sollen die Auftragnehmer verpflichtet werden, einen Mindestlohn von 8,50 Euro zu zahlen. Der Entwurf geht aber nicht weit genug. Zwei Drittel der öffentlichen Aufträge an die Unternehmen werden von den Kommunen und Kreisen erteilt. Die sind von der Regelung aber gar nicht erfasst. So bleiben zu viele Bereiche außen vor.

Warum werden sie nicht einbezogen? Gibt es juristische Probleme?

Zumindest behauptet das die Landesregierung, der Fachbegriff dafür lautet Konnektivität. Das bedeutet, daß das Land für wirtschaftliche Schäden der Gemeinden und Kreise haftet. Die können Zahlungen theoretisch einklagen. Wir halten das aber für Unsinn, ein Gutachten für das brandenburgische Wirtschaftsministerium kommt zum selben Schluß. Offensichtlich will die mecklenburg-vorpommersche Regierung jede Debatte darüber meiden und läßt die Finger gleich ganz vom Thema.

Sie sind nicht damit einverstanden, daß die Lohnhöhe bei 8,50 Euro festgeschrieben wird?

Wird sind mit den 8,50 Euro durchaus einverstanden, das entspricht unserer Forderung an die Politik. Wir verlangen aber, daß der Mindestlohn dynamisiert, also an die Lohn- und

Preisentwicklung angepaßt wird. In Mecklenburg-Vorpommern wäre mit 8,50 Euro aber das Ende der Fahnenstange erreicht, und das bis 2016. Das reicht nicht aus. Der Mindestlohn muß regelmäßig überprüft werden.

Denken Sie, daß Ihre Forderungen im Gesetzgebungsprozeß noch berücksichtigt werden?

Das entscheidet natürlich die Koalition aus SPD und CDU. Wir begleiten den Prozeß aktiv und haben unsere Kritik zuletzt am Mittwoch im Wirtschaftsausschuß des Landtags geäußert. Wir haben auch auf den Entwurf der Linksfraktion verwiesen, der einen gewissen Charme besitzt. Dort wird ein Mindestlohn von zehn Euro gefordert, vor allem aber bessere soziale Standards. Gewerkschaften schreiben aber keine eigenen Gesetzentwürfe, das ist nicht unsere Aufgabe, sondern wir sagen, was aus Sicht der Beschäftigten nötig ist.

Ver.di Nord organisiert seine Mitglieder nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern, sondern auch in Schleswig-Holstein. Dort wird gerade eine neue Regierung aus SPD, Grünen und dem Südschleswigschen Wählerverband (SSW) der dänischen Minderheit gebildet. Die CDU-FDP-Koalition ist abgewählt. Welche Chancen eröffnen sich daraus?

Wir haben mit allen voraussichtlichen Regierungsfractionen gesprochen. Alle haben uns zugesichert, daß auch in diesem Bundesland ein Vergabegesetz erarbeitet wird. Nach den Gesprächen sind wir zuversichtlich, daß wir po-

sitiven Einfluß im Sinne einer guten Regelung ausüben können.

Mindestlöhne werden derzeit nur auf Branchen oder Landesebene eingeführt, also durch die Hintertür. Die CDU hat auf ihrem Parteitag einen Mindestlohnbeschuß gefaßt, der den gewerkschaftlichen Forderungen nicht gerecht wird. Welche Möglichkeiten sehen Sie, einen bundesweiten, gesetzlichen Mindestlohn politisch durchzusetzen? Geht das in der laufenden Legislaturperiode, oder müssen Sie auf einen Regierungswechsel im Bund hoffen?

Politisch ist der bundeseinheitliche, gesetzliche Mindestlohn in Höhe von zunächst 8,50 Euro notwendig. Die Frage ist, ob sich die schwarz-gelbe Bundesregierung aus wahltaktischen Gründen doch noch entscheidet, ihn einzuführen. Wenn es nicht anders geht, müssen wir eben auf einen Regierungswechsel warten. Dennoch gilt: Wir brauchen den Mindestlohn heute statt morgen.

Die Gewerkschaften haben sich schon einmal, ab 1998 auf eine rot-grüne Bundesregierung verlassen und haben damit Schiffbruch erlitten. Haben Sie daraus gelernt, dem Wort eines sozialdemokratischen Kanzlers nicht mehr zu trauen?

Wir können die Politik beeinflussen, aber nicht selbst die Entscheidungen fällen. Die Sozialdemokratie hat uns zugesichert, landes- und bundespolitisch in unserem Sinne zu agieren. Der politische Druck in diese Richtung kommt aus immer größeren Kreisen der Gesellschaft.

Interview: Mirko Knoche

ABGESCHRIEBEN

Zahlreiche Medien kommentierten am Sonntag in ihren Internetausgaben das Ergebnis des Linke-Parteitag in Göttingen:

Frankfurter Allgemeine

Ost oder West, linksradikal oder pragmatisch, SPD-geneigt oder auf ewig oppositionsfixiert – das sind gar nicht die Fragen, vor deren Beantwortung sich die Linkspartei drückt. Insofern haben diejenigen, die bei Gysi Rede an Chruschtschow dachten, schon recht: Die Linkspartei hat zu entscheiden, ob sie doktrinär sein, ob sie immer Recht haben, ob sie andere ausschließen, ob sie also stalinistisch sein will. Die »Partei-rechten« kämpfen um die Luft, die innerparteiliche Demokratie in jeder Partei braucht, darum, daß offen und ohne Angst gestritten werden kann. Der Widerstand gegen die Lafontaine'sche Haltung des »Wir gegen alle«, die nun seine Gefährtin Sahra Wagenknecht als einzige realitätsstüchtige verteidigt, ist der Kampf um die Demokratie im Sozialismus.

In Göttingen ist dieser Kampf abermals verloren worden: »Ihr habt den Krieg verloren«, wurde von denen, die

sich als Sieger fühlten, skandiert. Zerrissenheit bleibt das Charakteristikum der Linkspartei: »Solidarisch, gerecht, demokratisch, friedlich« hieß das Motto. Wer dort war, weiß nicht, ob's zum Lachen oder Weinen ist.

Frankfurter Rundschau

Die Linkspartei hat eine neue Führung – und mindestens so viele Probleme wie zuvor. Mit diesem Parteitag hat sie die Chance verpaßt, der deutschen Linken ein neues, zeitgemäßes Gesicht zu geben. (...)

Die Linkspartei hat eine neue Führung, das schon. Aber wer nach der Wahl des Stuttgarter ver.di-Funktionärs Bernd Riexinger, nach der Niederlage des Ost-Veteranen Dietmar Bartsch das Siegesgeheul der Lafontaineisten hörte, kann dieser Spitze kaum eine Chance geben. Leider auch Katja Kipping nicht: Die Sächsin hätte zwar sehr wohl das Zeug dazu, einer zeitgemäßen Linkspartei ein junges, offenes Gesicht zu geben. Aber mit dem Aufpasser Riexinger an der Seite und den Verletzungen dieses verheerenden Parteitage im Gepäck tendieren auch ihre Chancen gegen null.



Bartsch wird nun so etwas wie ein Märtyrer in der PDS, er hat den Ossis das Selbstbewußtsein vorgelebt, mit dem man sich auch beim Preis des eigenen Untergangs einem wie Lafontaine nicht mehr unterwirft. Wenn er an dieser Schlammeschlacht der vergangenen Wochen nicht zerbricht, darf man getrost davon ausgehen, daß sich dieses Duell bald noch einmal wiederholt. Wenn es um die Nachfolge von Gysi in der Bundestagsfraktion in der nächsten Legislaturperiode geht, wird es heißen: Bartsch oder Wagenknecht. Und man darf sich sicher sein, daß der einst verlorene Sohn Gysi auf der Seite des Ossis Bartsch steht. Und nicht an der Seite der Saarländerin.

Vorausgesetzt, es gibt dann noch eine linke Fraktion.

Mission Accomplished

40 Jahre nach der Verstaatlichung der irakischen Ölindustrie fließt der Reichtum des Landes wieder an internationale Konzerne. Von Fabian Köhler

Nur einige Dutzend Männer versammeln sich diesmal am Rande des Hafengeländes von Basra. Auf einem handbemalten Bettlaken kritisieren sie Korruption und zu niedrige Löhne. Ein paar Polizisten beobachten die Arbeiter gelangweilt. Doch keiner von ihnen schreitet ein. Anders vor vier Wochen, als 25 Demonstranten verhaftet wurden und Polizisten über ihre Köpfe schossen.

Auf den ersten Blick ist die Stadt im Süden des Iraks ein ungewöhnlicher Ort für Arbeiterproteste. Das Öl hat Basra reich gemacht. Allein 60 Prozent des irakischen schwarzen Goldes sollen um die Stadt vergraben sein. Das viertgrößte Feld der Welt erhofft sich BP. Bis zu vier Millionen Barrel werden hier und durch die Pipelines im Norden täglich aus dem Irak exportiert. Zwölf Millionen Barrel sollen es bis 2017 sein. Das Land, welches seit über 30 Jahren unter Kriegen und Sanktionen leidet, wäre dann der Welt größter Ölproduzent.

Was nach einem irakischen Wirtschaftswunder klingt, ist für die Ölarbeiter Grund zum Protest. »Wir demonstrieren für wahre Demokratie und die Rechte von Arbeitern«, rief Abdul Karim Abdul Sada während einer der wöchentlichen Demos. Statt dessen erhielt der Vizepräsident eines irakischen Gewerkschaftsdachverbandes in Basra Abmahnung und Lohnkürzung. Das Gesetz, welches es den Arbeitern verbietet zu protestieren, stammt noch aus der Zeit Saddam Husseins. Das Gesetz, welches ihnen die Teilhabe am Ölreichtum verwehrt, aus Holland. Die Ölindustrie solle als kommerzielles Unternehmen organisiert werden, forderte 2006 der US-Kongress auf der ersten Seite seines Berichtes zur Situation im Irak. Ein Jahr darauf verfaßte die Amsterdamer Technologieberatungsfirma Bearing-Point im Auftrag der US-Regierung eine Regelung, wonach nur noch 17 der bekannten 80 irakischen Ölfelder unter der Kontrolle der staatlichen Iraq National Oil Company bleiben sollten.



Ölarbeiter protestierten im Mai in Basra für höhere Löhne

Ein »Schlag gegen die irakische Souveränität«, um den »Interessen ausländischer Konzerne zu dienen«, nennt die Iraqi Federation of Oil Unions das sogenannte Hydrokarbon-Gesetz. Am 6. Juni 2007 rief sie ihre 26 000 Mitglieder zum Streik auf. Zwei der wichtigsten Pipelines des Landes lagen trocken. Premierminister Nuri Al-Maliki schickte Panzer, die US-Armee ließ zur Einschüchterung Kampfjets über die Demonstranten donnern. Bis heute trat das Gesetz aufgrund des Widerstandes von Gewerkschaften und Parlamentariern nicht in Kraft. Ausgebeutet wird das Land trotzdem.

Seit Mittwoch vergangener Woche treffen sich 39 internationale Ölkonzerne zur vierten Versteigerungsrunde für Lizenzen seit dem Sturz Saddam Husseins. »Die Art der Verträge ist die teuerste und undemokratischste Variante, die wir haben«, sagt Greg

Muttitt, dessen Londoner NGO »Plattform«, weltweit Ölindustrien beobachtet. Anders als ein Gesetz sind die Verträge nicht von der Zustimmung des Parlamentes abhängig. Irakische Bürger können zudem nicht gegen die Bestimmungen klagen. Statt dessen tragen sie – so legt es ein öffentlich gewordenen Geheimvertrag zwischen irakischer Regierung und BP nahe – die Kosten bei Förderabfällen. Für die konstanten Einnahmen der Ölkonzerne – über 300 Milliarden US-Dollar seit 2003 – sorgen im Ernstfall die Iraker selbst.

Ein Viertel der Förderung bleibe doch stets in Hand der staatlichen Ölgesellschaft, rechtfertigt sich das irakische Ölministerium. Doch selbst dieser Wert markiert eine Zäsur, nicht nur in der heutigen arabischen Welt. Maximal 49 Prozent der Förderkonzessionen konnten ausländische Ölkonzerne in den 1960er Jahren im

Irak besitzen. Ihre Ausbeutung des Ölreichtums führte am 1. Juni 1972 zur Verstaatlichung der irakischen Ölindustrie. Die Förderung stieg bis Ende der 80er von einem auf fast drei Millionen Barrel täglich. Der Irak wurde zur führenden Industrienation der arabischen Welt.

Heute gibt es kein anderes Land im Nahen Osten, dessen Ölindustrie derart stark privatisiert ist. Doch daran könnte sich bald etwas ändern. Während in Basra seit Jahren routiniert demonstriert wird, klagen seit einigen Wochen auch Tausende Kilometer in Libyen entfernt ein paar Dutzend Ölarbeiter über niedrige Löhne und Korruption. Einige hundert Kilometer weiter trafen sich unterdessen im April dieses Jahres internationale Konzerne zum ersten Mal seit einem Jahr auf der »Öl und Naturgas-Messe«. Der Ort der Proteste: Benghazi. Der Ort der Messe: Tripolis.

Lufthansa will Entschädigungen

FRANKFURT. Die Lufthansa will für das Debakel um den neuen Flughafen Berlin-Brandenburg entschädigt werden. Die Fluggesellschaft habe die Höhe des Schadens, der aufgrund der Verschiebung der Eröffnung entstanden ist, zwar noch nicht ermittelt, sagte Vorstandschef Christoph Franz dem *Tagespiegel* (Sonntagsausgabe). Fest stehe jedoch, daß man der Flughafengesellschaft die Rechnung dafür präsentieren werde. Lufthansa startete am Sonntag in Tegel ihr erweitertes Hauptstadtdarbot, das ursprünglich für den neuen Flughafen »Willy Brandt« vorgesehen war. Franz sagte der Zeitung, er hoffe, daß es nicht zu nennenswerten Engpässen komme.

Für den neuen Eröffnungstermin ist er »zuversichtlich, daß es zum 17. März funktioniert«. Ganz anders dagegen sein Kollege Hartmut Mehdorn vom Rivalen Air Berlin. »Wir müssen glauben, was uns die Verantwortlichen sagen«, zeigte sich Mehdorn im Interview der *Super-Illu* skeptisch. Auf die Frage, ob er sicher sei, daß der neue Flughafen den Betrieb im März 2013 aufnehmen, sagte er dem Blatt: »Das kann ich Ihnen nicht beantworten.«

(Reuters/W)

Absage an ThyssenKrupp

FRANKFURT. ThyssenKrupp-Chef Heinrich Hiesinger wird das verlustreiche Stahlwerk in Brasilien wohl nicht an den dortigen Partner los. Eine Sprecherin des Bergbauunternehmens Vale aus Rio de Janeiro sagte *Reuters* am Samstagabend, das brasilianische Unternehmen wolle an keinem Stahlwerk die Mehrheit übernehmen. Allerdings schloß sie nicht aus, daß Vale, das bereits 27 Prozent an dem ThyssenKrupp-Werk hält, den Anteil aufstockt. Das weltweit zweitgrößte Bergbauunternehmen sieht in den Beteiligungen an Stahlwerken eine Möglichkeit, Nachfrage nach seinem Erz zu schaffen, hält aber am Kerngeschäft Bergbau fest. »Wir wollen kein Stahlkocher werden«, hatte Vale-Chef Murilo Ferreira im Mai gesagt.

Die *WirtschaftsWoche* hatte zuvor unter Berufung auf Unternehmenskreise gemeldet, Vale sei bereit, die Stahlschmelze zu übernehmen.

(Reuters/W)

Kahlschlag geht weiter

Solarworld streicht in Sachsen 250 Stellen. Leiharbeiter und befristet Beschäftigte gehen zuerst

Die vor allem in Ostdeutschland angesiedelte Solarbranche wackelt weiter. Nach den Insolvenzen von Q-Cells und Sovello in Sachsen-Anhalt rutschte nun der Konzern Solarworld in die Miesen. Bis zum Jahresende will das Unternehmen im sächsischen Freiberg 250 Stellen abbauen, wie es kurz vor dem Wochenende bekanntgab. Der Fertigungsstandort in der Universitätsstadt zwischen Dresden und Chemnitz ist mit 1 800 Beschäftigten der größte des Konzerns. Vor allem Angestellte mit befristeten Verträgen und Leiharbeiter sollen dort ihren Arbeitsplatz verlieren. Insgesamt will das in sechs Ländern produzierende Unternehmen mit Hauptsitz in Bonn zehn Prozent seiner 3 300 Stellen streichen.

Die Lage sei desaströs, begründete Unternehmenssprecherin Milana Nitzschke den Schritt gegenüber *junge Welt*.

Während der Markt der Billigkonkurrenz überschwemmt werde, breche gleichzeitig die Nachfrage ein. Letzteres sei seiner Ansicht nach größtenteils eine Folge der von der Bundesregierung geplanten Kürzungen bei der Solarförderung. Vor allem China verkaufe Solarmodule »weit unterhalb der Herstellungskosten«, resümierte Nitzschke. Bereits vor einigen Wochen hatte Solarworld angekündigt, dagegen gemeinsam mit anderen europäischen Solarmodulherstellern eine Handelsbeschwerde bei der Europäischen Union einzulegen. Das Unternehmen fordert »Strafzölle auf Billigimporte«. In den USA sei Solarworld nach eigenen Angaben mit einer solchen Beschwerde bereits erfolgreich gewesen.

Hatte Solarworld 2010 noch etwa 87 Millionen pro Jahr Gewinn ausgewiesen, rutschte das Unternehmen im vo-

rigen Jahr mit knapp 300 Millionen Euro in die roten Zahlen. Dies sei aber größtenteils der Wertberichtigung zuzuschreiben, erklärte Nitzschke und versicherte, der Konzern werde keine Insolvenz anmelden. Die Verluste betreffen allerdings nicht nur das Unternehmen selbst. Laut einem Bericht der sächsischen Zeitung *Freie Presse* fordert Solarworld über sechs Millionen Euro an vorausgezählten Gewerbesteuern von der finanzklammen Stadt Freiberg zurück. Auch die angrenzende Gemeinde Bobitzsch-Hilbersdorf, wo der Konzern eine erst 2010 eingeweihte Fabrik für in der Photovoltaik verwendete Siliziumscheiben, sogenannte Wafer, betreibt, muß demnach Steuern an das Unternehmen zurückzahlen. Nitzschke bestätigte diese Rückforderungen: »Das ist die Folge der schlechten Finanzlage.« Konkrete Zahlen wollte er allerdings noch nicht

nennen.

Oberste Priorität für den Konzern sei es, trotz der schlechten Lage möglichst alle festen Mitarbeiter zu behalten, erklärte Nitzschke weiter. Dürster sieht es allerdings für die befristet Angestellten und die Hälfte der etwa 300 Leiharbeiter aus. Sie können damit rechnen, daß ihre Verträge nicht verlängert werden.

Solarworld ist ein weltweit agierender Konzern. Die größten Fertigungen unterhält er in den USA und in Deutschland. Im sächsischen Freiberg ist er eins der größten Unternehmen in einer sonst wirtschaftlich eher schwachen Region. Daneben produziert auch Solarworld in Spanien, Frankreich, Südafrika und Asien kristalline Solarstromtechnologie wie Wafer, Solarzellen und -module, aber auch komplette Solarstromanlagen.

Susan Bonath

Das jW-Onlineabo



Ich lese seit Jahren die junge Welt, weil sie aus dem Rahmen fällt.
Dirk Vogel, Berlin

Ihre Empfehlung unter
www.jungewelt.de/meinung

5 € Der Onlinetarif für Printabonnenten



Der Wagen des »Henkers von Prag« Reinhard Heydrich nach dem Attentat vom 27. Mai 1942 in Prag

Operation Anthropoid

Geschichte ♦ Vor 70 Jahren endete das fluchwürdige Leben des Reinhard Heydrich. Von Kurt Pätzold

Würde der SS-Obergruppenführer Reinhard Heydrich die Maitage des Jahres 1945 erlebt haben, hätte ihn die Entwicklung vor die Wahl gestellt, entweder wie sein Vorgesetzter Heinrich Himmler oder sein enger Mitarbeiter Heinrich Müller (»Gestapo-Müller«) sich aus dem Leben zu stehlen oder auf die Anklagebank zu geraten, und von dort an den Galgen. Dieser Entscheidung entzog ihn ein von Großbritannien ausgesandtes Kommando, das per Flugzeug und mit Fallschirmen sein heimatliches Operationsgebiet erreichte. Josef Gabčík und Jan Kubis, beide Angehörige der tschechischen Exilarmee, gelang am 27. Mai 1942 jener Anschlag, der Heydrich tödlich verletzte. Auf dem Anfahrtsweg, den er täglich zur Prager Burg benutzte, erwarteten sie das Fahrzeug. Eine Bombe verletzte den neben dem Fahrer Sitzenden so schwer, daß er wenige Tage später trotz besonderer ärztlicher Bemühungen nicht zu retten war. Er starb am 4. Juni. Die Nachricht erregte weltweit Aufmerksamkeit. Im Deutschen Reich waren da ohnehin schon Diskussionen in Gang gekommen, wie denn das ganze riesige eroberte Gebiet in Osteuropa künftig und auf Dauer beherrscht werden könne.

Daß Heydrich so endete verschaffte ihm ein mehrtägliches pompöses Staatsbegräbnis, das auf der Prager Burg begann, sich im Mosaiksaal der Neuen Reichskanzlei unter Hitlers Teilnahme mit einer Rede Heinrich Himmlers fortsetzte und mit einem Trauerzug und einem Begräbnis auf dem Berliner Invalidenfriedhof endete. Doch hat ihm der Reichsführer SS, sein früher Förderer und Vorgesetzter, auch eine Kritik nachgerufen, wenn auch nicht öffentlich, die anderen Herrschern im faschistisch-besetzten Europa zur Lehre gereichen sollte. Er rügte, daß Heydrich

sich in Prag jeden Tag die gleiche Strecke in einem offenen Mercedes und ohne eine spezielle Bewachung zum Hradschin fahren ließ, sich also im eroberten Land in jenem Stil bewegt hatte, in dem Kolonialherren sich einst irgendwo in Afrika oder Asien unbewaffneten und friedfertigen Einheimischen zeigten. So hatte die Planung des Attentats keine schwierige logistische Aufgabe dargestellt.

Heydrichs Tod war für das Regime ein schwerer Verlust in einem Moment, da mit den Eroberungen in ganz Europa auf die Führungsgruppe des Regimes immer mehr Aufgaben zukamen und die Doppelfunktionen, da es an verlässlichem und als befähigt angesehenem Nachwuchs mangelte, unausgesetzt zunahmen. In diese Rolle war auch Heydrich geraten. Zu seiner Aufgabe als Chef des Reichssicherheitshauptamtes mit Kompetenzen in allen angeschlossenen Gebieten und besetzten Staaten übertrug ihm Hitler die faktische Regentschaft im sogenannten Reichsprotektorat Böhmen und Mähren. Als »Stellvertreter« trat er die Nachfolge des Konstantin Freiherrn von Neurath an, der dieses Amt nur formell noch bis 1943 behielt.

»Wunderbare Zeit«

Heydrich brachte in die Stadt an der Moldau die Erfahrungen des Terrors gegen Widerstandskräfte mit, und das war ein Grund dafür, daß er mit dem Posten betraut wurde. Dessen Gewicht ergab sich zudem aus der Tatsache, daß das »Protektorat« Rohstoffbasen (Braunkohle) und Rüstungsschmieden (Skoda-Werke) besaß, deren Ausbeutung für die Fortführung des sich hinziehenden Krieges an Bedeutung noch gewann. Heydrich bezog also im September 1941 – der Krieg gegen die UdSSR war drei Monate zuvor begonnen worden – ein zweites Dienstquartier auf dem Hradschin zusätzlich

zu dem im Palais in der Berliner Wilhelmstraße. Wie er seine Aufgabe sah, sagen Sätze aus der Eröffnungsrede vor seinen neuen Mitarbeitern: »Ich brauche also Ruhe im Raum, damit der Arbeiter, der tschechische Arbeiter, für die deutsche Kriegslieferung hier vollgültig seine Arbeitskraft einsetzt. Dazu gehört, daß man den tschechischen Arbeitern natürlich das an Fressen geben muß – wenn ich es so deutlich sagen darf –, daß er seine Arbeit erfüllen kann.« Wer nicht »vollgültig« funktionierte, um den kümmerte sich die Gestapo in Marter- und Folterhöhlen wie der in der Kleinen Festung vor den Toren von Theresienstadt.

Heydrich und seine Familie bezogen im Stil von Kolonialherren ein Nobelquartier auf dem Landgut Jungferm Breschan (Panenske Brezany) bei Prag, das einem jüdischen Industriellen gehört hatte. Dort verrichteten Häftlingskommandos aus Theresienstadt, später aus dem Konzentrationslager Flossenbürg die Landarbeiten und die Dienste für die Familie. Heydrichs Witwe geriet noch lange, nachdem sie diese Wohnresidenz hatte verlassen müssen, selbst vor Rundfunkmikrophonen ins Schwärmen (»wunderbare Zeit«), wenn sie auf ihren Aufenthalt in Prag zu sprechen kam.

Beispielloses Verbrechen

Es gibt kaum einen zweiten Politiker des faschistischen Regimes, dem, als die historiographische Auseinandersetzung mit dessen Geschichte begann, Geschichtsforscher und Publizisten soviel Aufmerksamkeit zuwandten wie Heydrich. Dazu mag seine Rolle ebenso wie sein Ende beigetragen haben. Lang ist die Reihe der Biographien des SS-Obergruppenführers. Die jüngste und hochbetitelt hat 2011 der am University College Dublin lehrende Robert Gerwarth vorgelegt (siehe jW-Thema vom 5.11.2011). Sie erschien zuerst bei Yale

University Press, dort mit dem Untertitel »Hitlers hangman« und wurde sogleich auch in einer deutschen Übersetzung herausgegeben. Mehrere Auflagen erlebte die von dem Publizisten Günther Deschner – der inzwischen als Autor auf dem Weg über *Die Welt* auch bei dem Rechtsaußenblatt *Junge Freiheit* angekommen ist – 1977 veröffentlichte Biographie (zuletzt 2008). 1982 legte der jugoslawische Journalist und Historiker Edouard Calic in Paris seine Biographie vor, die im gleichen Jahr ebenfalls eine deutsche Ausgabe erlebte. 2005, nach dem Tode des früh verstorbenen *Stern*-Reporters Mario R. Dederichs, erschien dessen zuvor in der Zeitschrift als Folge veröffentlichte Darstellung. Das ist eine Auswahl.

Noch übertroffen wird diese Biographienreihe von der Vielzahl vorwiegend tschechischer Veröffentlichungen, in denen die Geschichte des Attentats erzählt wird. Doch begann sie 1960 mit der Darstellung eines Briten, Alan Burgess' »Seven Men at Daybreak« (dt.: »Sieben Mann im Morgengrauen«, 1961). 1979 folgte aus der Feder des tschechischen Schriftstellers Miroslav Ivanov »Der Henker von Prag. Das Attentat auf Reinhard Heydrich« (dt. Ausgabe 1993). Und so ging es fort. 1989 publizierte der Brite Callum A. MacDonald, Professor an der Warwick University, seine Untersuchung »The Killing of SS-Obergruppenführer Reinhard Heydrich«. Das Attentat bildet auch den Stoff des von dem tschechischen Juristen Jiri Sulc 2007 vorgelegten Romans »Zwei gegen das Reich«. Schon 1998 war in Brno eine Abhandlung auf den Buchmarkt gelangt, die sich mit »Legenden und Tatsachen über das Attentat auf Heydrich« befaßte.

Schon bevor es schriftliche Darstellungen des Attentats gab, war es Gegenstand von Verfilmungen. In Hollywood wurde 1943 »Hangmen« produziert, woran mit anderen drei Emigranten, der Regisseur Fritz Lang, Bertolt Brecht und Hans

Eisler, beteiligt waren. Seine Handlung weicht von der tatsächlichen, zumal deren Einzelheiten öffentlich noch gar nicht bekannt geworden waren, erheblich ab. Im gleichen Jahr entstand bei Metro-Goldwyn-Mayer der Film »Hitlers Madman«. In tschechischen Filmstudios wurde 1964 der Spielfilm »Das Attentat« gedreht und 1975 erschien die US-amerikanisch-tschechische Gemeinschaftsverfilmung von »Operation Daybreak«.

Das ist eine – ebenfalls unvollständige – Reihe der Kennzeichnungen, die Heydrich in Texten und Untertiteln von Büchern und Artikeln erfährt: »Internationalsozialist«, »Paradebild des Nationalsozialisten«, »Schlüsselfigur des Dritten Reiches«, »Das Gesicht des Bösen«, »Statthalter der totalen Macht«, »Der Architekt der Endlösung«, »Der eiskalte Manager des Holocaust«, »Der Henker von Prag«, »henchman of death«, »Hitlers hangman«, »le violiniste de la mort«.

Die Aufzählung signalisiert, was dem Mann an Himmlers Seite soviel Aufmerksamkeit eingetragen hat. Es ist die Frage: Wie wird jemand fähig, eine derart mörderische Lebensspur zu ziehen wie es dieser Faschist tat? Wo begann sein Lebensweg in ein nahezu beispielloses Verbrechen zu münden, und was waren dessen Stationen? Um darauf Antworten zu finden, haben sich die Heydrich-Biographen über viele Fährten und Spuren gebeugt und auf Wege, aber auch auf Irrwege und in Sackgassen begeben.

Mancher Autoren Fragen richten sich schon auf das Kind und den Heranwachsenden: Wie waren seine Eltern zu ihm? Wie verhielt er sich zu ihnen? Welche Atmosphäre existierte im Halleschen bürgerlichen Elternhaus, in dem eine bigotte katholische Mutter das Regiment geführt haben soll? Wie behandelte der Bruder seinen Bruder und die beiden Schwestern? Wie ihn seine Mitschüler? Es gehört zu den Modeerscheinungen der aktuellen Geschichtspublizistik, in die Psyche der handelnden Personen, der »Helden«, gleichsam hineinkriechen zu wollen. Würmgleich und in der Hoffnung, dort fündig zu werden. Im Extrem führt das zur Ersetzung der Methoden der Geschichtswissenschaft durch jene der Psychologie.

Nun ist unbestritten, daß Einflüsse der Kindheit und der Jugend Menschen prägen, die freilich auch die Fähigkeit besitzen, sich unter mehr oder weniger günstigen Umständen von ihnen partiell oder ganz zu befreien. Was Heydrichs Lebensweg anlangt, so lassen sich zwei Fragen stellen: Welche Richtung hätte er genommen, wenn der Oberleutnant der Reichsmarine nicht nach einem Verstoß gegen den antiken Ehrenkodex durch einen Entscheid seines Chefs, Admiral Erich Raeder, entlassen worden wäre, sondern seine Karriere als Berufsoffizier über das Kapitänspatent weitergeführt haben würde? Und – zweitens – welcher Lebens-, d. h. auch Entscheidungs- und Handlungsrahmen wäre für den Mann entstanden, hätte sich die Republik gegen die Nazis behauptet?

Eigenschaften, Neigungen, Fähigkeiten, Wünsche hin oder her, es mußte erst ein Staat und eine Gesellschaft entstehen, die jene beiden Plätze schuf, die Heydrich im Berliner Prinz-Albert-Palais und auf dem Prager Hradschin besetzen konnte. Wie die entstanden und welchen Anteil Heydrich daran selbst besaß, das zu erhehlen, gesellschaftliche und individuelle Prozesse in ihren Wechselwirkungen in Beziehung zu setzen, darin besteht die Herausforderung. Wer sie nicht annimmt, landet bei jener Vereinfachung, derzufolge Männer die Geschichte machen. Wie die dann ausfällt, entscheiden deren als gut oder schlecht benotete Eigenschaften.

Für Heimat und Herd

Heydrich, 1904 geboren, also nicht mehr zur Kriegergeneration des Weltkriegs gehörend, wuchs in einer Republik heran, deren herrschende und also auch die geistige Atmosphäre bestimmenden Kräfte sich jeder an die Wurzel gehenden kritischen Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit widersetzen. Das Vaterland verteidigend, wählte man sich im Felde unbesiegt, dennoch unterlegen und von den Siegern mißhandelt, so daß da eine Rechnung zu begleichen war. Vorerst fehlten dafür die Voraussetzungen. Das sollte so nicht bleiben. Viele Denkmäler für die Kriegssopfer sprachen eindeutig, wenn auch Begriffe wie Revanche und Rache vermieden wurden. In Konstanz-Allmannsdorf lautete die Inschrift: »Wir zogen hinaus zu kämpfen für Heimat und Herd. Wir starben für Euch, seid



Statthalter im besetzten Prag: SS-Obergruppenführer Reinhard Heydrich (vorne links) in seinem Amtssitz im Hradschin (1941)

des Opfers auch Wert.« In Waiblingen-Bittenfeld hieß der Kommentar »Den Helden zur Ehr«. Der Nachwelt zur Lehr«; in Baden-Baden-Lichtenthal: »Den Gefallenen zum Andenken. Den Lebenden zum Vorbild.« Und im Ehrenmal von Laboe an der Kieler Förde, mit dessen Bau in der Republik begonnen und das 1936 eingeweiht wurde, stand: »Für deutsche Seemannswehr – Für Deutschlands schwimmende Wehr – Für beider Wiederkehr.« In der Summe ließen sich alle diese Sprüche in die Worte übersetzen: Auf ein zweites. In dieser politischen Daueratmosphäre wuchsen mit Heydrich Massen junger Männer heran, ohne daß es schon konkrete Planungen für den nächsten Krieg gegeben hätte.

Das änderte sich nach dem 30. Januar 1933 rasch, als sich in Deutschland ein Regime etablierte, das festen Kurs auf einen »Weiteroberungskrieg« (Thomas Mann) nahm. Da war Heydrich zwei Jahre zuvor schon der NSDAP und mit der Mitgliedsnummer 10120 auch der SS beigetreten. In deren Reihen hatte ihm Himmler den Aufbau eines Nachrichtendienstes übertragen, der alle für den Aufstieg der faschistischen Bewegung relevanten und verwendbaren Daten sammeln sollte. Heydrich war in seiner neuen Funktion rasch aufgestiegen und 1932 schon zum Standartenführer befördert, einen Rang den zehn Jahre später sein Untergebener Adolf Eichmann sich wünschte, aber nie erreichte. Schon im ersten Jahr der Diktatur nahm seine Karriere an Himmlers Seite Fahrt auf. Beide spezialisierten sich auf den Aufbau eines lückenlosen Überwachungs- und Terrorapparates, der im Inneren des Reiches die Voraussetzungen und Bedingungen herstellte und sicherte, welche die größte Geschlossenheit der »Volksgemeinschaft« auf dem Weg in den Krieg sicherten. Dazu wurde auch gezählt, die als Volksfeinde und Rassegegner gewerteten deutschen Juden durch Diffamierung, Herabsetzung und Verfolgungen außer Landes zu treiben.

In der Zentrale des Terrors

Die erste besondere Bewährung im Urteil Hitlers wiesen die SS und an ihrer Spitze Himmler und mit ihm Heydrich nach, als 1934 der Schlag gegen Ernst Röhm und jene Gruppe von SA-

Führern erfolgte, denen der Plan einer Revolte untergeschoben wurde. Heydrich stieg darauf in der Hierarchie der SS zum Gruppenführer auf. Zielstrebig und ehrgeizig weitete er die Kompetenzen des Sicherheits-, also Nachrichtendienstes und der Sicherheitspolizei aus, zu der die Politische und die Kriminalpolizei zusammengeschlossen wurden. Sein Arm reichte ebenso in die Justiz und den Justizvollzug wie in das System der Konzentrationslager, in denen seine politischen Abteilungen etabliert wurden. Ein von ihm entsandtes Kommando baute nach dem Einmarsch in Österreich den ersten Überwachungs- und Terrorapparat auf der vergrößerten Reich auf. Heydrich unterschrieb nach dem Pogrom vom November 1938 die Weisung zur Einlieferung Tausender jüdischer Männer in die Konzentrationslager und wurde Organisator der forcierten Vertreibung der Juden.

In den Vorkriegsjahren stand er im Machtgefüge des faschistischen Regimes irgendwo zwischen der zweiten und dritten Reihe (die erste besetzte Hitler allein). Er war an Beratungen über den Weg zur Kriegsfähigkeit im engsten Führungskreis nicht beteiligt. Es war auch nicht seine Aufgabe, öffentlich hervorzutreten und Reden vor Massenversammlungen zu halten. In der hochgestellten Führerschaft von Staat und SS mit seinen außerordentlichen Kompetenzen jedermann bekannt, blieb er selbst den Bonzen auf mittlerer und unterer Ebene ein mehr oder weniger unbeschriebenes Blatt. Er regierte an einem Platz, der ein Unikat war. Für seine Entscheidungen und Maßnahmen genügte das Plazet oder der Befehl Himmlers. Er besaß einen Partner, mit dem sich sein Arbeitsfeld berührte. Das war der Chef des militärischen Nachrichtendienstes, der Leiter des Amtes Ausland/Abwehr in der Wehrmachtspitze, Admiral Wilhelm Canaris. Heydrich mißtraute ihm und das nicht zu Unrecht. Anders als Heydrichs endete dessen Leben in der Agonie des Regimes 1945 im Konzentrationslager Flossenbürg an einem Galgenstrick.

Heydrichs große Zeit, die mit seinem weitesten und furchtbarsten Einfluß, begann mit dem zweiten Griff des deutschen Imperialismus nach der Weltmacht. Bei Kriegsbeginn wurde

das Reichssicherheitshauptamt (RSHA), die Zentrale des Terrors, geschaffen, deren Hirn und Arme nahezu in alle Winkel des Reiches und in das ganze Zug um Zug eroberte Europa reichte und deren Personalbestand zeitweilig 3 000 SS-Leute, meist im Offiziersrang, umfaßte.

Heydrichs Apparat war vom Moment der Kriegseröffnung an in Kriegs- und Menschheitsverbrechen verstrickt. Seine Mitarbeiter organisierten den angeblichen Überfall auf den Rundfunksender im oberschlesischen grenznahen Gleiwitz, den angeblich polnische Terroristen verübt haben sollten und der zu einem der Vorwände für den Angriff auf das Nachbarland wurde. Die berüchtigtsten Ämter und Dienstplätze waren die unter Heinrich Müller (Gestapo) und, da Heydrich inzwischen die Führungsrolle in der Verfolgung der Juden beanspruchte und erreichte, Adolf Eichmanns Referat für die »Judenangelegenheiten«. Das RSHA wurde zur Zentrale für die Erfassung, Konzentrierung, Deportation und den Mord an den Juden Europas. Heydrich machte seine exponiertesten Mitarbeiter zu Kommandeuren jener Einsatzgruppen, die 1941 mit dem Überfall auf die UdSSR auszogen und das osteuropäische Judentum ausrotten und auch die Sinti und Roma, die in deutsche Hände gefallen waren. Sein Amt sorgte für die Planung der Eisenbahntransporte zur Heranschaffung der Opfer in die Vernichtungsstätten. In ihm wurden die »Gaswagen« konstruiert, hergestellt und an die sie verwendenden Dienststellen verteilt. Gleichzeitig flossen in seinen Büros die Meldungen über die Stimmungslage im Reich und in den besetzten Gebieten zusammen. Es gab an der Spitze des faschistischen Regimes kein Reichsministerium und keine andere zentrale Behörde, deren Mitarbeiter nicht auf diese oder jene Weise verbrecherisch tätig geworden wären, ungezählte Untaten verübten, begangen an politischen Gegnern, Juden, Behinderten, Zwangsarbeitern, Kriegsgefangenen und weiteren Personengruppen. Sie alle übertraf Heydrich mit seinen Mannen.

Massaker in Lidice

Zurück zum Tag des Attentats, jenem 27. Mai 1942, in eine Zeit, in der sich die Hauptkräfte der Wehrmacht im Osten auf den zweiten Ansturm vorbereiteten, mit dem die Sowjetunion niedergeworfen werden sollte. In diesem Moment war die Führung des Regimes aufs äußerste daran interessiert, daß im gesamten »Hinterland«, dem unterworfenen Europa, die Ruhe des Friedhofs herrschte und für den deutschen Endsieg geschuftet wurde. Entsprechend die Reaktion der Besatzer in Böhmen und Mähren. Der Terrorfeldzug, mit dem sie den durch die Tat ermüdeten Widerstand niederhalten wollten, erhielt in der tschechischen Geschichtsschreibung die Kennzeichnung als Heydrichiade. Auf der Suche nach Kräften, die den Attentätern, die sich seit 28. Dezember 1941 in der Tschechoslowakei befunden hatten, Unterstützung gewährten, und angetrieben von dem Bedürfnis, einen Erfolg ihrer Menschenjagd vorzuweisen, verfielen sie auf das von Bergarbeitern und Bauern nahe der Stadt Kladno gelegene Dorf Lidice. Die männlichen Einwohner mordeten sie an Ort und Stelle. Frauen und Kinder schafften sie in Konzentrationslager und Ghettos. Das Anwesen wurde dem Erdboden gleichgemacht. Sein Name überdauerte das Jahrhundert als Symbol und Parole des Kampfes für eine Welt ohne Barbaren.

Die Jagd der Besatzer auf die Tätergruppe und ihre Helfer, vorangetrieben durch Verhaftungen und Folterungen Verdächtigter, endete noch im Juni in Prag in der orthodoxen Kirche der Heiligen Kyrril und Methodius. Dort hatten die Verfolgten sich verborgen. Aufgespürt, unterlagen und starben sie im Kampf mit der SS und der Wehrmacht.

Die Attacke des tschechischen Sonderkommandos auf Heydrich blieb der einzige erfolgreiche Anschlag auf einen so hohen Exponenten des Regimes. Vergleichbar wurde ihm nur die Tötung des einstigen NSDAP-Gauleiters von Brandenburg und Generalkommissars in Weißruthenien (Belorußland), Wilhelm Kube, den in Minsk am 23. September 1943 eine Bombe tötete. Die hatte eine als Dienstmädchen getarnte Partisanin unter seinem Bett deponiert.

Etwas ebenso notwendigerweise wie zwischen-durch beiläufig nebenbei und dennoch entschlossen und unmißverständlich deutlich zu Sagendes (5)

Von Wiglaf Droste

Frühbucherrabattkunden, ihr habt eine Eigentumswohnung in Manhattan und schenkt Freunden zur Hochzeit zehn Euro in bar – ich weiß es doch!

Auf Bergwacht

Beim Bergsteigen in Tibet fällt die deutsche Medizinstudentin Johanna (Hannah Herzsprung) in eine Gletscherspalte und landet direkt neben zwei erforenen Kindern. Nachdem ihre Begleiter sie wieder nach oben gezogen haben, nimmt Johanna den nächstbesten Bus in Richtung Hauptstadt. Die ist jedoch weit entfernt. Die Reisesellschaft muß in einem Kloster übernachten. Am Morgen bekommt Johanna zu ihrer großen Überraschung von den Mönchen den Auftrag erteilt, den elternlosen Küchenjungen, für den das Kloster neuerdings ein lebensgefährlicher Ort geworden ist, in Sicherheit zu bringen.

Maria Blumenecron, die Regisseurin von »Wie zwischen Himmel und Erde«, drehte bereits etliche Dokus zum Thema. Blumenecron: »Ich selbst habe 1997 über einen Fernsehbeitrag von erforenen Flüchtlingskindern in Tibet erfahren. Diese Bilder waren meine Initiation, um alles stehen und liegen zu lassen, meine Arbeit als Schauspielerin aufzugeben und am Ende im Himalaja zu landen.« Aha. Blumenecron glaubt auch, daß sie »in der Fiktion« die Realität »erweitern« und sich »stärker auf die emotionale Ebene konzentrieren« konnte. Tibet, ich höre dir meditieren! Na klar, es geht auch um einen auserwählten Nachfolger des Dalai Lama. »Filme wie dieser können einiges leisten«, glaubt Hannah Herzsprung. Wobei eigentlich? »Es ist etwas anderes, ob jemand bewußt eine neue Erfahrung sammeln will, oder nur zufällig auf Mallorca die herrenlosen Hunde sieht und spontan einen mit nach Hause nimmt.«

Ronald Kohl

◆ »Wie zwischen Himmel und Erde, Regie: Maria Blumenecron, Deutschland/Schweiz 2012, 101 min, bereits angelaufen

Die leuchtenden Farben in den großformatigen Gemälden der US-amerikanischen Künstlerin Rajkamal Kahlon springen sofort ins Auge. Der Teufel steckt bei den Werken Kahlons immer im Detail. Zwei Frauen in Saris gekleidet, Arm in Arm. Die eine Frau mit bandagiertem Gesicht ist auf die Hilfe der anderen angewiesen – und die hält in ihrer Hand den Sicherungssplint einer Handgranate, die wiederum entschert vor den Frauen liegt. Jeden Augenblick wird sie explodieren und beide in den Tod reißen. Das Bild trägt den Titel »My Palace of Justice« (Mein Justizpalast). Es ist verstörend und irritierend gegenwärtig in Ludwigshafen zu sehen, in der Rudolf-Scharpf-Galerie des Wilhelm-Hack-Museums.

Die von Kahlon in ihrer Ausstellung präsentierten Frauen symbolisieren die einzigen Rollen, die eine westliche Perspektive ihnen zugesteht: Entweder empathielose Täterin oder wehrloses Opfer. Daß Kahlon diese Dichotomie westlicher Ideologie einschließlich des Genderthemas zu einem Bild einfriert, zeigt die Raffinesse ihrer Kunst.

Das Internet durchsucht Kahlon, die seit vorigem Jahr in Berlin lebt, nach alten Büchern mit Grafiken, um sie anschließend zu zerlegen. Die ästhetisch sehr ansprechenden malerischen Interventionen transformieren die alten Stiche zu pointierten Kommentaren und rücken die mythologisierte Geschichtsschreibung zurecht. In Kahlons Einzelausstellung in Ludwigshafen, kuratiert von Miriam Oesterreich, sind sowohl Papier- wie auch größere Holzarbeiten zu sehen. Einer Serie alter Stiche über die Geschichte der USA fügt sie das unter den Tisch gefallene Narrativ des Rassismus hinzu. Unter einen Stich von 1888, der die irischen Abgeordneten des Britischen Parlaments aufreißt, die gegen das Gesetz verstößen haben sollen und angeklagt waren, fügt sie die Zeile »Of Terrorism« hinzu und malt einigen der abgebildeten



THE NATIVE WAY OF CLIMBING COCOA PALMS IN CEYLON

Diese Frau in der Grafik war ursprünglich unbekleidet

Palme und Pumps

Der Teufel steckt im Detail: Rajkamal Kahlon blickt in Ludwigshafen auf den westlichen Rassismus.

Von Matthias Reichelt

Köpfe Turbane. Eine doppelbödige und sarkastische Sicht auf den Wechsel der Parameter zur Definition von Terrorismus.

Kahlons Kunst ist äußerst diskursiv, sie enthält keine eindeutigen und simplen Botschaften, sondern nötigt die

Betrachter zur umfassenden Reflexion. Eine Frau in einem leuchtend roten Businesskostüm und Pumps klettert den Stamm einer Palme hoch. Das Rot kontrastiert stark zum schwarzweißen Bild, dem Druck eines Holzschnitts aus *The Graphic*, einer britischen Illustrierten

aus dem 19. Jahrhundert, die auch Berichte über die Kolonien enthielt. Kahlon schlägt mit ihrem Eingriff eine Brücke zwischen dem alten Kolonialismus in die postkoloniale Zeit, in der die ideologischen Muster in variiert Form weiter existieren. Die Frau in der Grafik war ursprünglich unbekleidet und folgte damit der kolonialen Vorstellung von den »primitiven« Völkern.

»Militärische Intervention« ist zum Euphemismus für die brachiale und kriegerische Durchsetzung ökonomischer und strategischer Interessen des Westens geworden. Kahlon interveniert künstlerisch. Das kolonialistische Denken wurde zur gegenwärtigen Strategie von »War on Terror«, »Human Rights Policy« und Islamhetze. Durch Projektion und Pauschalierung wird ein Bild kreiert, das die militaristische Außenpolitik der USA und ihrer Bündnispartner zwecks Ausbeutung von Ressourcen durchsetzbar macht. Dunkelhäutige Migranten mit muslimischem Glauben standen nach dem 11. September 2001 unter Generalverdacht und bekamen die Folgen rassistischer Projektion zu spüren. Die Künstlerin, deren Eltern als Migranten aus Indien kamen, hat ein T-Shirt mit dem Konterfei Osama bin Ladens im Fadenkreuz eines Zielfernrohrs und der Aufforderung »Fuck Him« ergänzt »I'd« (würde ich tun) und dadurch die Botschaft komplett verkehrt. Der umgangssprachlich codierte Tötungsauftrag wird durch ihre Ergänzung in den sexuellen Kontext zurückverlagert.

Manche Malereien von Kahlon auf den Seiten von Cassell's »Illustrated History of India« von 1875 erinnern in ihrer ästhetischen Kraft und dem schwarzen Humor an die comichaften Animationen Terry Gilliams von Monty Python.

◆ Bis 22. Juli. Rajkamal Kahlon: Doppelbilder/ Double Vision, Rudolf-Scharpf-Galerie des Wilhelm-Hack-Museums, Ludwigshafen

MUSIK ZUR UNZEIT. DER KERN DES TRAUERIGEN. VON RENÉ HAMANN

Sadcore. Schon das Wort klingt großartig. Und die Musik erst! Je langsamer, je trauriger, desto besser. Sadcore ist eine Spielart des Indierocks, meist in seiner amerikanischen Variante. Es handelt sich um eine Zeitlupenmusik, die mit schweren Gitarren gespielt und oft von sanfteren, männlichen Stimmen getragen wird. Der Sadcore entstand in den frühen neunziger Jahren, hat Schnittstellen zum Hardcore, zum Prog- bzw. Krautrock, wird manchmal mit Emo verwechselt und auch als Slowcore bezeichnet, und dementsprechend von seinen Verächtern gern einmal als Snorecore (Schnarchkern) verspottet.

Sadcore ist langsame, traurige Musik, die ohne Opulenz auskommt (wie sie gern im Goth/Wave betrieben wird) und den Kitsch zwar tangiert, sich im Zweifel aber für das Spröde entscheidet. Als Monster des Sadcore gelten die Bands Codeine, die neulich zu einer Reunion zusammenfanden, und Slint; weichere Varianten wurden

von den Red House Painters oder The American Analog Set gespielt.

Eine dieser frühen Bands war auch Spain. Die spielten eine dunkelgrüne Version, die auch gern mal jazzig klang, und legten vorsichtig drei Alben auf den Markt. Jetzt haben auch sie sich zu einer Reunion aufgeschwungen und mit »The Soul of Spain« (Glitterhouse/Indigo) tatsächlich eine vielversprechende Platte herausgebracht; nicht mehr ganz so langsam, dafür aber immer noch vom Spirit getragen. Wie man in der tollen ersten Single hören kann: Die heißt »Because Your Love« und klingt beim ersten Hören erstaunlich stark nach einer zeitgemäßen Art Siebzigerjahre-Rock. Auch der Text geht erst nach einer Weile auf. Dann aber – im letzten Monat hatten wir es mit Nirvana – entfaltet sich ein ganzes Gedicht: »I want to feel/ your love, because your love/ is for everyone. I want to see/ the sun, because the sun/ shines for us.« Einfach, klar, transzendental.

Die Band Gravenhurst aus England

hat bislang noch keine direkten Brüche hinter sich. Wenn man davon absieht, daß sie mittlerweile mehr oder weniger nur noch aus einer Person besteht, nämlich dem Multiinstrumentalisten und Komponisten Nick Talbot aus Bristol. Gravenhurst erscheinen auf dem sonst vorwiegend elektronischen Label Warp Records, hatten 2005 (wo sind die Jahre hin!) mit »The Velvet Cell« einen prägnanten kleinen Hit und mittlerweile ihr fünftes Album (»The Ghost in Daylight« (Warp/RTD)) draußen. Sadcore, klar, und nicht mehr als Kritikerlieblingsband natürlich auch. Aber was für klare Musik! Langsam, dröhnend, schön monoton, und man ist versucht zu schreiben: natürlich gehaltvoll.

Gedichte gibt es hier auch. Wer Glück hat, findet sogar ein kleines Comicbuch im Paket, beim Kauf der LP etwa. Die Comics sind von Talbot und zwei Mitspielern, aber das Bemerkenswerteste ist ein kleiner Text von Talbot darüber, warum er den Rock 'n' Roll haßt. Darin geht es

weniger um die üblichen Klischees von Frauen, aus Hotelzimmerfenstern geschmissenen Fernsehgeräten und toxischen Mitteln, sondern um den kleinen, immerwährenden Kreislauf der Ausbeutung von Unterklassebands, also Bands, die es nie über eine lobende Erwähnung im NME hinaus schaffen (nebst beiliegender Graphik). Und bevor aller erfolgreicher Musikerkarriere im Randstad Zeitarrbeitsbüro endet, gibt es dort das lange Touren durch den siebten Kreis der Hölle, hier »The Toilet Circuit«, also Toilettenkreis genannt. Toilettenkreis, weil Backstageräume und Übernachtungsplätze oftmals als jivial ausgebaute Klos erschienen. Dazu wird man regelmäßig von Clubbesitzern und Bookern über den Tisch gezogen – im Namen des Rock 'n' Roll. »Eine tief verwurzelte Kultur voller Selbstgefälligkeiten, Zynismus und Unbarmherzigkeiten«, so Talbot.

Traurige Zustände. Da geht es Musikern schon lange auch nicht anders als den meisten anderen.

Eine synästhetische Orgie

Das Staatsballett Berlin führt Itzik Galilis »The Open Square« auf. Von Gisela Sonnenburg

Es geht um Lust und Unlust, mit Freud gesagt, sowie um Zweck und Zweckmäßigkeit, mit Kant rezipiert. Mit herkömmlichem Rezensionsteil allein ist dieser Tanzsache kaum beizukommen: Itzik Galili, multikulturell geprägter Außenseiter der Choreographenszene und bisher überwiegend in den Niederlanden tätig, schuf fürs Staatsballett Berlin mit »The Open Square« ein so witziges wie rauhes Stück Avantgardekunst, das Ohren und Augen zu einer synästhetischen Orgie einlädt.

Das Format ist knackig und kurz, nur 70 Minuten dauert der optische Trommelwirbel in der Komischen Oper. Galili ist ein Meister der kleinen, fetzigen Nummern: Von diesen fädelt er ein Dutzend aneinander, wie Perlen zu einem Geschmeide. Von den 88 Mitgliedern des Corps sind hier nur 20 im Einsatz, es ist ein Kammerballett, sozusagen. Insgesamt triumphiert das Flair des freien Theaters; viele der assoziationsreichen Arrangements könnten auch in weniger etablierten Kulturstätten daheim sein.

Vorab steigt der schauspielerisch gewiefte Solist Michael Banzhaf auf die Bühne und erklärt, dieses sei seine 700. Vorstellung – aber als Tänzer sei er lediglich ein Sklave der Arbeitswelt. Während er sinniert, ob wir nicht alle irgendwie Marionetten seien, beginnt der Tanz. Männer in Krawatten marschieren auf, ein Schuß fällt, jemand kippt tot um. Doch das Krimiszenario ist als pure Ironie gedacht; Galili will dieses Mal keine konkrete Handlung, sondern ein Ballett der Stimmungen.

Männer wie Frauen steckt er barfuß in Glitzertutus, läßt sie im Walzertakt wundersame Paare bilden. Banzhaf, der Sprecher vom Anfang, erweist sich auch hier als Ausbund an Bühnenwirksamkeit: Jede seiner Bewegungen gleicht einer kleinen Satire auf den Alltag, dem man zu entrinnen sucht. Ein Damensolo



Das Sich-nicht-unterkriegen-lassen als Überlebenshaltung

schlingelt sich dann erotisch-lasziv im Kreis elektrischer Kerzen. Der Tänzer Vladislav Marinov springt, als sei es um sein Leben. Und Gruppenszenen, die an neue Versionen von »Le Sacre du Printemps« erinnern, steigern den Abend zum rhythmisch-rockigen Event. Ein kräftiges Aufstampfen mit dem Fuß, yeah!, beendet das Stück – es ist die Macht der Ohnmächtigen, die sich wie ein körperlicher Aufschrei formuliert.

Galili ließ Musik des bekannten Schlagzeugensembles Percossa fürs Orchester der Komischen Oper transponieren. Auch das eine Kleinbesetzung: Das Xylophon mit weichen Klanghüllen wabert harmonisch zu hüpfenden Melodien der Streicher. »Bodysounds« heißt das aufregendste Stichwort: Die Musiker müssen sich vorm Mikro auf

Brust und Schenkel schlagen und andere lustige Geräusche mit ihren Körpern produzieren; nicht nur die Tänzer sind jetzt Körperkünstler, deren Instrumentarium von keinem Geigenbauer oder Klavierstimmer abhängt.

Dabei ist Galili ein Beziehungsstaten-künstler, Ertüftler süffisanter Verhältnisse. In Berlin kennt man vor allem sein kongeniales Drei-Personen-Stück »The Sofa«, in dem die Protagonisten Männlein und Weiblein spielen und sich in Slapstick-Manier übers Polster der Wohnzimmercouch werfen. Von so viel Fröhlichkeit bleibt »The Open Square« (Das offene Feld) fern, zelebriert vielmehr das Aufstreben und Sich-nicht-unterkriegen-lassen als Überlebenshaltung. Damit kein Schuß nötig ist, um es spannend zu machen.

Kürzlich sorgte Galili, aus Tel Aviv stammend und in Sachen Tanz ein Spätzünzler, schon in Großbritannien für Aufsehen: mit gleich zwei Uraufführungen. Dabei ist nicht aalglatte Ästhetik seine Sache. Sondern der Stilbruch. In »Mona Lisa« etwa ließ er den männlichen Protagonisten nach dem Solo völlig aus der Rolle fallen, wie lustlos herumlatzen. Bis er sich besinnt, zur Ballerina greift und sie herumwirbelt. Genau dieses Sich-Besinnen ist auch in Berlin der Effekt – beim Publikum! Und sogar das Programmheft ist, bis auf eine dumme Verwechslung darin, dieses Mal gelungen: so aufschlußreich wie unterhaltsam.

◆ Nächste Vorstellungen: 19.6., 22.6. und 25.6.

Es ist so einfach, »Open for Everything« abzulehnen. Wenn ein Frostzerfressener Lada an die Rampe im Hamburger Kulturzentrum Kampnagel rollt, aufgebüschelt mit einer Mercedes-Kühlerhaube und gefüllt mit zehn, zwölf, fünfzehn Personen, arm und erfindungsreich und lustig. Wenn Musiker zu spielen beginnen, eins, zwei, drei, Balkanpop, Flamenco, Bollywoodscores. Wenn eine Darstellerin sich ans Publikum wendet und erzählt, daß sie gar nichts habe gegen die »Zigeuner«, aber andere Vorstellungen von Hygiene als wir hätten die ja doch. Es wäre so einfach, »Open for Everything« abzulehnen, dieses Theater, das alle Tore öffnet für den Vorwurf »Gutmenschentisch!« – wäre dieses Stück nicht von Constanza Macras, die sich mit Stücken wie »Scratch Neukölln«, »Big in Bombay« und »Hell on Earth« als Tanztheater-Spezialistin für großstädtische Differenz etabliert hat und jede Kitschgefahr von vornherein dekonstruiert. Naja: fast jede.

Zwei Jahre lang recherchierte Macras für »Open for Everything« unter Roma in Tschechien und Ungarn, bis sie 15 Darsteller und fünf Musikern nach Berlin zu ihrer Tanzcompagnie Dorky Park einlud. 20 Roma, die keine ausgebildeten Tänzer sind, die aber dennoch mit den Dorky-Park-Profis mithalten

Auf der Bruchlinie

Constanza Macras untersuchte im Hamburg Kulturzentrum Kampnagel mit »Open for Everything« das Verhältnis zwischen Roma und Mehrheitsbevölkerung. Von Falk Schreiber

können, was schon einen ersten Fallstrick darstellt: das Klischee des rhythmusbegabten Zigeuners, für den nur eine Geige ein wenig schluchzen muß, und schon steckt er ein professionelles Tanzensemble in die Tasche. Macras bricht dieses Klischee, indem sie Differenzen zwischen Roma-Folklore, ungarischer Volkstümellei und zeitgenössischem Tanz direkt anspricht. Es geht zwar immer um Rhythmus und um Bewegung, diese Gemeinsamkeiten sollen aber nicht verschleiern, daß es auch viel Trennendes gibt. Wo andere Choreographen es bei Harmonie im schönen Körper belassen, beharrt Macras auf diesem Trennenden, zeichnet sie mit akribischer Genauigkeit die Bruchlinien hinter der Performance nach.

Das ist die große Kunst von Constanza Macras: Sie traut sich, Brüche stehen zu lassen und macht sie zum zentralen Element ihrer Ästhetik. Die 1970 in Buenos Aires geborene und

seit 1995 in Berlin heimische Choreographin steht damit für ein multikulturelles Tanztheater, das eben nicht dem »Melting Pot« huldigt, sondern einer Vielzahl von Wertsystemen, Ästhetiken, Sprachen, die nebeneinander stehen, sich teilweise widersprechen, sich behindern und bekämpfen. Für Macras ist diese Vielstimmigkeit kein Problem, sie macht vielmehr die Qualität des Großstadtlebens im 21. Jahrhundert aus. Schon die feste Dorky-Park-Gruppe, in der unter anderen der Israeli Elik Niv, die Kanadierin Anouk Froidevaux und die Koreanerin Hyoun-Min Kim (die in »Open for Everything« als einzige Nicht-Weiße eine herausgehobene Rolle hat) das Zusammenarbeiten immer wieder neu definieren, lebt von diesen Ungleichzeitigkeiten, Brüchen und Reibungsverlusten. Viel stärker kommt das zum Tragen, wo die Compagnie durch die Roma-Musiker und -Tänzer erweitert wird. Denn plötzlich

steht man nicht mehr in der internationalen Tanzszene, plötzlich steht man in einer Szene, in der Differenzen mehr sind als ästhetisches Material – gerade in Zeiten einer rechtspopulistischen ungarischen Regierung, die Wahlerfolge nicht zuletzt auf Kosten der Roma-Minderheit feiert, wird aus Differenz ganz schnell blutiger Ernst. Es gehört zu den Schwächen des Abends, daß Macras dieses Thema nur am Rande streift.

Nur einmal gerät »Open for Everything« dann doch ins Stolpern. Bezeichnenderweise nicht in der differenzierten Darstellung der Roma, sondern in der Darstellung des europäischen Blicks. Eine Tänzerin umgarnit die Roma mit wohlwollendsten Klischees, lustig und vor allem romantisch sei das Zigeunerleben, nur am Ende wütend zu konstatieren, daß ihr der positive Rassismus nicht ausreichend gedankt werde. Diese Figur ist ein Abziehbild, und das stört in einem Stück, das ansonsten angenehm Abziehbilder-frei ist.

◆ Nächste Termine: 5./6. Juni, Prag; 8./9. Juni, Budapest; 16.–19. August, Zürich; 7./8. September, Stockholm; 21. September, Slowakei, Nitra; 23. September, Slowakei, Kosice; 19./20. Oktober, Dresden



Programm der jW-Ladengalerie im Juni

MITTWOCH, 6.6.2012, 19 UHR
PODIUMSDISKUSSION

100 Jahre KP Chile und die aktuelle politische Situation im Land

Vortrag von Oscar Aroca Contreras, Mitglied der Politischen Kommission des ZK der KP Chile, Nationaler Beauftragter für den Parteilbereich Arbeiter, früherer Generalsekretär des Kommunistischen Jugendverbandes
Mit Nancy Larenas Ojeda, Beauftragte für die Parteikoordination der KP Chiles in Deutschland, Freundschaftsgesellschaft Salvador Allende e.V.
anschl. Musik mit Lautaro und ein kleiner Umtrunk zu Ehren des 100. Geburtstags der KP Chile
Eintritt: 3,00 €/ermäßig: 2,00 €

DONNERSTAG, 7.6.2012, 19 UHR
VORTRAG

Ernst Volland zu seiner künstlerischen Arbeit

Außerdem bis 22. Juni: »BissFest!« Plakate und Karikaturen von Ernst Volland aus den 70er und 80er Jahren
Eintritt frei!

DIENSTAG, 12.6.2012, 19 UHR
VORTRAG

Der 75. Jahrestag der Ausstellung »Entartete Kunst«

Vortrag von Dr. Peter Michel

Ein Veranstaltung in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.
Eintritt: 3,00 €/erm.: 2,00 €

DONNERSTAG, 14.6.2012, 19.30 UHR
LESUNG

40 Jahre Radikalenerlaß

Eine polithistorische Revue über 40 Jahre Radikalenerlaß mit 17 Zeitzeuginnen und Zeitzeugen aus 8 Bundesländern sowie vier Filmausschnitten mit anschl. Diskussion
Eintritt frei!

DIENSTAG, 19.6.2012, 19 UHR
BUCHVORSTELLUNG

Der Spanienkrieg 1936–39

Mit Autor Peter Rau
Moderation: Stefan Huth (jW)
Eintritt: 3,00 €/ermäßig: 2,00 €

jungeWelt
Ladengalerie

Lesungen, Ausstellungen, Konzerte

Torstraße 6, 10119 Berlin
Nähe Rosa-Luxemburg-Platz
Öffnungszeiten:
Mo.–Do.: 11–18 Uhr; Fr.: 10–14 Uhr

LESERBRIEFE

Reibungsverluste

◆ Zu jW vom 29. Mai: »Mythos Bankenmacht« Den Banken kommt, wie jetzt, mehr Macht zu, wenn es in der Krise um »Vernichtung des konstanten Kapitals«, um den Kampf der plötzlich feindlichen Brüder »Kapitalien« geht. Wer pleite geht und wer günstig davon profitiert – da haben wir schon einiges Spektakuläre erleben müssen (Strukturwandel – wer wollte den? – so?). Auch die Ausgestaltung der »internationalen Arbeitsteilung« findet viel mit Finanzsteuerung statt. Abhängige Entwicklung der Untereinkommen mit technischem Mittel »Kapitalflüsse«. Da haben wir in der BRD auch schon viel »Pleiten« in vielen Sinnen erlebt. Innovationen im Computemarkt kommen selten der BRD zugute. Kurz gefasst: Finanzkapitalgesteuert ist die Effektivität der ökonomischen, wärmeausgetauschten Durchschnittsbildungen der Marktgesetze noch schlechter als sonst, weil der Finanzmarkt, ein wenig Markt zweiter Ordnung, extrem chaotisch ist und die Rückkopplung zu Konsum und Produktion, auch Handel, sehr störrisch und schlecht. Sowohl intrigantenartige »Planungen« als auch Unplanbarkeit kommen »hinzu«. Wir haben noch mehr »Reibungsverluste«.

Harald Wenk, per E-Mail

Selbstzerstörung

◆ Zu jW vom 29. Mai: »Mythos Bankenmacht« Gäbe es kein reales Kapital, müßten wir uns auch mit dem fiktiven nicht beschäftigen, also ist es nicht angebracht, damit Energie zu verschwenden, gar noch bei albernem Demos gegen Finanzmärkte. Zumal die Aufblähung des fiktiven Kapitals ja die Selbstzerstörung des realen beschleunigt. Vergewissern wir uns also noch mal bei Marx und belehren die kleinbürgerlichen Illusionisten von »occupy« etc. So könnte man Sandleben lesen. Aber dann wären

»Auch die Ausgestaltung der internationalen Arbeitsteilung« findet viel mit Finanzsteuerung statt.«

Fragen beiseitezuschieben, die sich aus der gar nicht fiktiven Auseinandersetzung der Klassen im Realkapitalismus ergeben: Kann es sein, daß die Expansion des fiktiven Kapitals die sozialen und politischen Kräfteverhältnisse beeinflusst, zu Ungunsten von Interessen der Lohnarbeit? Daß die Kapitalseite so an Flexibilität gewinnt? Daß aber Streiks in der Realökonomie an Eingriffsfähigkeit verlieren? Daß der Druck auf staatliche Politik vonseiten der Lohnarbeit an Kraft einbüßt? Weil anzunehmen ist, daß reales wie fiktives Kapital sich nicht so rasch aus der Weltgeschichte verabschieden werden, dürfte es nützlich sein, sich über solche realen Folgen des »Fiktiven« Gedanken zu machen. Und den Zorn über das Walten der Finanz-»Märkte als Chance zu sehen, Einblick in die Machtdynamik des Kapitalismus zu entwickeln. Und situationsgemäße Versuche, derselben in die Quere zu kommen. Auch dazu kann übrigens Marx-Lektüre anregen.

Arno Klönne, Paderborn

Fatale Eindruck

◆ Zu jW vom 29. Mai: »Drohnenkrieg« Obwohl auf beiden Seiten Kampfeinsätze erfolgen, bricht jedesmal ein Sturm der Entrüstung aus, wenn in Syrien Menschen getötet werden. Ohne jede Prüfung werden die Gewalttätigkeiten vom journalistischen Mainstream und vom politischen Establishment in der Regel der syrischen Regierung angelastet.

Über die Morde und Tötungen durch Drohnen und Killerkommandos der USA jedoch wird mit einer kühlen Sachlichkeit berichtet, die den fa-

talen Eindruck hinterläßt, als sei das etwas ganz Normales und erfordere keinerlei Bewertung.

Hier wird in einer Weise »mit zweierlei Maß« gemessen, die sowohl das Menschenrechts- und Humanitätsgerechte unserer meisten Medien und der überwiegenden Mehrheit unserer politischen Klasse als Heuchlei entlarvt und ihre Legitimität in Frage stellt! Vom demokratischen Charakter unseres Systems mal ganz abgesehen! (...)

Ludwig Schönenbach, per E-Mail

Es geht nicht ohne Dialog

◆ Zu jW vom 30. Mai: »Berlin wird Kriegspartei«

Bis jetzt kann niemand sagen, welche Bürgerkriegspartei die Morde begangen hat. Doch die deutschen Medien weisen bereits Schuld zu. Obwohl sie keine unabhängigen Journalisten vor Ort haben. Das ist nicht nur peinlich, so etwas ist bereits psychologische Kriegstreiberei. Denn jeder weiß, daß sich die deutsche Regierung ihr Handeln von diesen desorientierten Schreibern diktiert. Nun weist sie den syrischen Botschafter aus. Wie will man die verdammten Mörder überhaupt finden? Das geht doch nicht ohne Dialog. (...)

Es müssen Zeugenbefragungen durchgeführt werden, um alle Hintergründe der Mordtaten ermitteln zu können. Sonst kann es leicht passieren, daß die Opfer durch Mißbrauch auch noch verhört werden. Leider drängt sich im Moment der Eindruck auf, daß man in Berlin und Paris nur auf diese Ereignisse gewartet hat. Wenn das möglich ist, sind Verteidigungsbündnisse destruktiv. Die Täter müssen gefunden werden, damit die

Ermordeten nicht als Kriegsopfer mißbraucht werden können. Denn das würde die Weltzivilisation um viele Jahrzehnte zurückwerfen.

Bernd Goldammer, per E-Mail

Bremse

◆ Zu jW vom 26. bis 28. Mai: »Warum Piraten?« Die Piratenpartei entstand, weil die Produktivkräfte in einen gewaltigen Widerspruch zu den Produktionsverhältnissen geraten sind. Die Ware Buch wurde erst möglich durch die Erfindung von Gutenberg, die Ware Schallplatte durch die Arbeit von Th.A. Edison. Erst durch die Existenz als dinglicher Gegenstand wurde es möglich, die Ergebnisse wissenschaftlicher und kultureller Arbeit zur Ware zu machen und damit Kapital zu vermehren – das Kapital des Verlegers. Gleichzeitig hat die Verwandlung von »Geist« in Ware eine ungeheure Beschleunigung bei der Verbreitung von neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen und kulturellen Äußerungen von Menschen ermöglicht. Noch mehr beschleunigt sich diese Verbreitung von Wissen und Kultur durch die Digitalisierung, wo wissenschaftliche und kulturelle Produkte keine dingliche Gestalt als Ware mehr annehmen müssen.

Mit der verlogenen Behauptung von Verlegern und Musikindustrie, die Interessen der eigentlichen Kreativen schützen zu wollen, wird das Profitsstreben, anders als zu Zeiten Gutenbergs und Edisons, vom Motor des wissenschaftlichen Fortschritts und der Ausbreitung von Kultur, zur Bremse und Hemmschwelle der Produktivkraft Wissen. Der »Marxist« Fülberth verteidigt diesen verzweiften Versuch, die wegschwimmenden Felle des Kapitalismus festzuhalten und zeigt sich damit als Vertreter des gesellschaftlichen Rückschritts.

Ob die Piraten zu einer neuen kommunistischen oder einer neuen bürgerlich-liberalen Partei werden, ist noch nicht entschieden. (...)

Lüko Wills, per E-Mail

FERNSEHEN

NACHSCHLAG

Kritik von Dok-Filmern

Vorwürfe zurückgewiesen

ARD und ZDF haben laut Medienberichten vom Wochenende Vorwürfe deutscher Dokumentarfilmer zurückgewiesen, die beiden Sendern hätten ihnen gegenüber eine »Piratenmentalität« und richteten »immense wirtschaftliche Schäden« an (siehe jW vom 1. Juni). Das ZDF erklärte demnach: »Die Unterstellung, der öffentlich-rechtliche Rundfunk verursache der deutschen Dokumentarfilmbranche und weiten Teilen der Kreativwirtschaft immense wirtschaftliche Schäden, stellt die Fakten auf den Kopf.« Weitgehend erfolgreiche Gespräche mit der Arbeitsgemeinschaft Dokumentarfilm (AG DOK) seien von dieser abgebrochen worden. Die Vorwürfe seien »nicht nachvollziehbar« und ein Beleg dafür, daß der AG DOK »offenbar an ernsthaften Verhandlungen nicht mehr gelegen« sei. Ähnlich äußerte sich die ARD. (jW)

VORSCHLAG

Wer wird Millionär? – Prominentenspecial

Heute Platz für Realismus – sind schon Ferien bei den Öffentlich-rechtlichen? Zunächst dies: Gast u.a. Gloria Fürstin von Thurn und Taxis, die uns wohl was vom Neger erzählen wird. Es moderiert Starkatholik Günther Jauch. ◆ RTL, 20.15

Der geheime Garten

Die eingebaute Mary, der behinderte Colin und Dickon, der Bruder des Hausmädchens, entdecken einen geheimen Garten, den sie hegen und pflegen. Ihr Geheimnis macht die Kinder zu Freunden. Ganz besonders hübsch und traurig. ◆ Arte, 20.15

Eigentlich wollten wir zurückkehren

Die drei Ehepaare Salman und Aysel



Stangensellerie züchten und ernten verbindet: »Der geheime Garten«

Ilgüplü, Zujdi und Schehrazad Recebi sowie Ali Ihsan und Nuriye Sinan kamen vor über 30 Jahren in die Schweiz und haben praktisch ihr ganzes Leben dort verbracht. Sie sind geflüchtet oder gekommen, um ihren Kindern eine bessere Zukunft zu ermöglichen. In der Schweiz haben sie hart gearbeitet und ihre Kinder großgezogen. Integriert sich sie kaum, Deutsch haben sie nie richtig gelernt. Aber ihre Kinder fühlen sich wohl, haben ihrerseits wieder Kinder bekommen und können sich nicht mehr vorstellen zurückzukehren. Jahrelang hat die erste Migranten-Generation von der Rückkehr geträumt. Nun, da der Moment gekommen wäre, merken viele, daß ihr Traum schwerer zu realisieren ist, als sie sich das vorgestellt hatten. ◆ 3sat, 22.55

Entmündigt

Wenn Betreuung zum Alptraum wird

Frau M. kann es nicht fassen. Die Bonner Beamtinwitwe hält den Beschluß des Betreuungsgerichts in den Händen. Ihre jüngste Tochter hat sie entmündigt

lassen – gegen ihren und den Willen ihrer anderen Töchter. Von nun an entscheidet ein vom Gericht bestellter Betreuer über ihr Vermögen. Die per Gericht verordnete Betreuung reicht von leichten rechtlichen Einschränkungen bis hin zur faktischen Entmündigung. Und wer sich einmal im Netz des Betreuungssystems verfangen hat, kann sich nur schwer wieder befreien. So kritisiert der Jurist Prof. Volker Thieler, daß mit dem Betreuungsrecht stärker in die Freiheitsrechte des einzelnen eingegriffen werde als bei Strafverurteilungen. ◆ Das Erste, 23.30

Das Leben ist kein Heimspiel

»Hoffenheim – Das Leben ist kein Heimspiel« zeigt die TSG 1899 Hoffenheim bei ihrem Sturm auf die 1. Bundesliga und begleitet die beteiligten Akteure in ihrem Alltag. Erster Film der dreiteiligen Reihe »Das Runde ins Eckige«. Es folgen »The Other Chelsea« am 11. Juni und am 18. Juni »66/67 – Fairplay war gestern«. ◆ ZDF, 23.55

VERANSTALTUNGEN

Vorlesung »Vor neuen Kriegen im Nahen Osten? Z.B. Syrien« mit Karin Leukefeld

(Journalistin und jW-Autorin, Bonn). Heute, 4.6., 18.15 Uhr, Uni Kassel, Hörsaal Mönchebergstr. 48 E, (gegenüber Klinikum), Kassel. Veranstalter: AG Friedensforschung Uni Kassel

Vom Spielfeld zum Testraum: Sportliche

»Sicherheitsarchitekturen« und die Pazifizierung von Protest. Die Veranstaltung zeigt anhand verschiedener Beispiele jüngerer Großveranstaltungen aus der Welt des Sports und der »großen Politik«, wie der Testraum Sport auch genutzt wird, um kulturellen, sozialen und politischen Protest zu identifizieren, zu kriminalisieren und zu bekämpfen. Referenten: Volker Eick (Universität Bremen) und Matthias Monroy (Gipfelsoli). Heute, 4.6., 19 Uhr, Café Morgenrot, Kastanienallee 85, Berlin. Veranstalter: Siempre Antifascista (Berlin)

Infoveranstaltung »Dabei und doch nicht mittendrin. Die Integration türkeistämmiger Zuwanderer.« mit Prof. Dr. Haci-Halil

Uslucan (Psychologe, Uni Duisburg-Essen). Dienstag, 5.6., 19 Uhr, Werkstatt 3, Sternstweg 32–34, Hamburg. Eintritt 2 Euro

Klimawandel und Flucht – globale Auswirkungen wirtschaftlicher Gewinnmaximierung und Ausbeutung. Infoveranstaltung

mit Prof. Dr. Jürgen Scheffran (Uni HH), Sven Harmeling (Germanwatch, angefragt), Peter Wahl (WEED), Dorothee Braun (Rat für nachhaltige Entwicklung), Ska Keller (MdEP Grüne), Shah Sayed (Hamburger Klimaschutz-Fonds). Mittwoch, 6.6., 18 Uhr, Gesamtschule St. Pauli, Bernhard-Nocht-Str. 12, Hamburg. Veranstalter: Flüchtlingsrat u.a.

◆ Die Adresse für Termine: termine@jungewelt.de

ZENTRALE: 030/53 63 55-0
AKTION: 030/53 63 55-10
ANZEIGEN: 030/53 63 55-38
ABO: 030/53 63 55-80/82
FAX: 030/53 63 55-44

E-MAIL: redaktion@jungewelt.de
INTERNET: www.jungewelt.de
FACEBOOK: facebook.com/jungewelt
TWITTER: twitter.com/jungewelt

Herausgeberin: Linke Presse Verlags- Förderungs- und Beteiligungsgenossenschaft junge Welt e.G. (Infos unter www.jungewelt.de/lpg). Die überregionale Tageszeitung junge Welt erscheint in der Verlag 8. Mai GmbH. Adresse von Genossenschaft Verlag und Redaktion: Torstraße 6, 10119 Berlin.

Geschäftsführung: Dietmar Koschieder. **Chefredaktion:** Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.), Rüdiger Gabel (stellv.). **Redaktion (Ressortleitung, Durchwahl):** Innenpolitik: Jörn Boewe (27); **Wirtschaft:** Klaus Fischer (20); **Außenpolitik:** André Scheer (70); **Interview/Reportage:** Peter Wolter (35); **Fußball und Sport:** Christof Meuser (42); **Thema:** Stefan Huth (45); **Bildredaktion:** Sabine Koschmieder-Peters (40); **Layout:** (45); **Internet:** Peter Steiniger (32); **Verlagsleiter:** Andreas Hillinghorst (49); **Marketing/Kommunikation:** Katja Klüßendorf, Nora Krause (40); **Aktionsbüro:** Carsten Töpfer (40); **Archiv:** Stefanie Nitzsche (37); **Schreibbüro/Sekretariat:** Eveline Pflü (40); **Aufnahme:** (48); **Herstellung/Leitung:** Roland Dörre (45); **Anzeigen:** Silke Schubert (38); **Leserpost:** (0); **Vertrieb/Aboservice:** Jonas Pöhl (82). Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. **Abonnements, Adreßänderungen und Reklamationen:** Verlag 8. Mai GmbH, Torstraße 6, 10119 Berlin, Tel.: 030/53 63 55-81/82, Fax: -48. E-Mail: abo@jungewelt.de

Abopreise: Normalabo Inland mtl. 31,80 Euro, viertelj. 92,50 Euro, halbj. 183,10 Euro, j. 362,50 Euro; Sozialabo mtl. 24,80 Euro, viertelj. 72,10 Euro, halbj. 142,80 Euro, j. 282,70 Euro; Solidaritätsabo mtl. Euro 40,30; Abopreise Ausland wie Inland plus 13,10 Euro/monat, Versandkostenzuschlag. **Bankverbindung:** Postbank, BLZ 100 100 10, **Abokonto:** Kto.-Nr. 63 48 54107. **Anzeigenkonto:** Kto.-Nr. 69 54 95108. **Shop/Spendenkonto:** 69 56 82100. **Druck:** Union Druckerei Berlin GmbH. Art.-Nr. 601302/ISSN 041-9373.

Unter Nazieinfluß?

Gilbert Achcars Buch über Faschismus und Araber. Von Gerd Bedzent

Der libanesisch-französische Philosoph und Sozialwissenschaftler Gilbert Achcar, als Professor für Entwicklungspolitik in London ansässig, hat sich der Aufgabe unterzogen, »Licht in die Finsternis« des seit Jahrzehnten währenden »Kriegs der Geschichtsschreibungen« zum Nahostkonflikt zu bringen. Der von Achcar in »Die Araber und der Holocaust« als »janusköpfig« bezeichnete Staat Israel erklärt seine Existenzberechtigung aus der Shoa und auch aus einer angeblichen Kumpanei der palästinensischen Araber mit den deutschen Nazis. Der Autor läßt bereits in der Einleitung keinen Zweifel daran, daß Israel für ihn auch ein »kolonialer Siedlerstaat« ist. Er unterscheidet zwischen der nazistischen Judenvernichtung und deren Instrumentalisierung durch die zionistische Führung einerseits und einer durch israelische Geschichtsschreibung verzerrt wiedergegebenen Holocaust-Rezeption in der arabischen Öffentlichkeit und tatsächlichen antisemitischen Äußerungen arabischer Politiker andererseits.

Hauptströmungen

Der Autor wirft verschiedenen Historikern, die zur Holocaust-Reflexion in der arabischen Welt publiziert haben, schlampige Arbeit und/oder einseitige Betrachtungsweise vor. Er stellt zunächst fest, daß es »die Araber« nur »in der Einbildung einer durch alltäglichen Rassismus oder politischen Fanatismus verzerrten Wahrnehmung« gibt. An den Beginn seiner Darstellung stellt er daher eine Analyse der vier politischen Hauptströmungen, die in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts die arabische Welt dominierten: westlich orientierte Liberale, Marxisten, Nationalisten und reaktionäre Panislamisten. Bis in die 1960er Jahre hinein konnte bei der arabischen Bevölkerungsmehrheit von Antisemitismus keine Rede sein. Zwar gebe es seit den 1920er Jahren auch faschistische Parteien, sie seien jedoch vergleichsweise winzig – der Einfluß der Faschisten auf die entstehende arabische Nationalbewegung blieb gering. Als Beispiel einer noch heute existierenden Partei mit klerikal-faschistischen Wurzeln nennt der Autor die libanesische Phalange – groteskerweise bis in die jüngere Vergangenheit hinein enger Verbündeter Israels gegen den palästinensischen Widerstand.



Mai 2012 in Kairo: Fotos früherer ägyptischer Staatschefs – rechts der Hitlerverehrer Anwar Al-Sadat

Achcar weist nach, daß sich Behauptungen über frühe faschistische Einflüsse auf die syrische Baath-Partei einzig auf die Tatsache stützen, daß Parteigründer Michel Aflaq in den 1930er Jahren im Besitz einer faschistischen Propagandaschrift war. Aflaq publizierte allerdings zeitgleich in kommunistischen Zeitschriften und rechnete darin mit der Naziherrschaft ab. Auch bei der Bewegung der »Freien Offiziere«, der 1952 in Ägypten die probritische Monarchie stürzte, seien wesentliche faschistische Einflüsse nicht nachweisbar. Der spätere Staatschef Gamal Abdel Nasser war zwar kurze Zeit Mitglied in der dubiosen Splitterpartei »Junges Ägypten«, verließ diese aber, bevor sie einen Schwenk in Richtung Hitlerdeutschland vollzog. Das einzige Mitglied des »Bundes«, das tatsächlich ein »notorischer Judenhaser« war, mit Hitler sympathisierte und sich 1942 sogar mit Agenten von Feldmarschall Erwin Rommel traf, war der spätere ägyptische Präsident und engste Verbündete Israels im arabischen Raum, Anwar Al-Sadat.

Reaktionäre Ideologie

Ausführlich beschäftigt sich der Achcar mit Amin Al-Husseini, einem tatsächlich widerlichen Nazi und Kronzeugen der israelischen Ge-

schichtsschreibung für den angeblichen Pro-Faschismus der palästinensischen Araber. Der Autor schildert den Großmufti von Jerusalem als adligen Tunichtgut, der sich zunächst durch hemmungslose Vetterwirtschaft eigenen Namen machte. Nachdem er bei seinen britischen Gönnern in Ungnade gefallen war, verkaufte er sich im Exil mit Haut und Haaren an das deutsche Propagandaministerium und rief 1941 zum »Dschihad gegen England« auf. Der Einfluß des Mufti blieb allerdings gering. Wie Achcar schreibt, kämpften im Zweiten Weltkrieg ganze 6.300 arabische Soldaten in den Armeen der faschistischen Mächte. Ihnen standen Hunderttausende Araber in den Reihen der britischen und Freien Französischen Streitkräfte gegenüber. Etwa 2.000 Araber waren in deutschen Konzentrationslagern interniert.

Achcar geht heftig mit dem fundamentalistischen Panislamismus ins Gericht, dem er tatsächlich eine religiös motivierte Judenfeindlichkeit bescheinigt. Er unterscheidet sich zwar deutlich vom rassistischen Antisemitismus der Nazis, dennoch hätten sich panislamische Vordenker nicht selten für eine Kumpanei mit den Faschisten hergegeben und verbreiteten deren wirre Verschwörungstheorien und antisemitischen Hetzwerke. Der Autor

bescheinigt Anhängern dieser mittlerweile breite Kreise der arabischen Öffentlichkeit dominierenden Strömung »bodenlose Dummheit, (weil sie) glauben, den Zionismus zu bekämpfen, indem sie andere als Antisemiten und Holocaust-Leugner übertreffen, während sie in Wirklichkeit der zionistischen Propaganda einen unschätzbaren Dienst leisten«. Warum es in den letzten Jahren in der arabischen Welt zum Durchmarsch dieser vom Autor zu Recht als »reaktionär« charakterisierten Ideologie kommen konnte, warum die anderen Strömungen einen rapiden Niedergang erlebten, stellt er nicht überzeugend dar. Einen »Niedergang des Bildungssystems« und »Verdummung durch das Fernsehen« dafür verantwortlich zu machen, greift zu kurz.

Achcars Vision eines gleichberechtigten Zusammenlebens aller Völker Palästinas ist selbstverständlich zuzustimmen. Die Chancen für eine Verwirklichung stehen aber, trotz einiger von Autor genannten Lichtblicke, derzeit eher schlecht.

◆ Gilbert Achcar: Die Araber und der Holocaust. Der arabisch-israelische Krieg der Geschichtsschreibungen. Edition Nautilus, Hamburg 2012, 367 Seiten, 29,90 Euro

NEU ERSCHIENEN W&F

Thema der vierteljährlich erscheinenden Zeitschrift *Wissenschaft & Frieden* ist »Hohe See«. Es geht um Handel, Rohöltransport, Festlandsökel, Ressourcenvorkommen, Fischgründe, Einflusssphären, Gletscherrückgang, Völkerrecht, Verseuchung und Vermüllung der Meere. Außerdem: Beiträge zur NATO und zur Bedrohung des inneren Friedens durch »rohe Bürgerlichkeit«. Die Gefahr der nuklearen Rüstung ist – zumindest bezogen auf Iran und Nordkorea – täglich in den Medien präsent, Chemie- und biologische Waffen sind es um so weniger. Das W&F beiliegende Dossier untersucht anlässlich der Überprüfungs-konferenz des Bio- und Toxinwaffenverbots, wie die Staatenwelt auf das Problem reagiert.

◆ *Wissenschaft & Frieden*, Nr. 2/2012, 64 Seiten, 7,50 Euro plus Porto (Jahresabo 30 Euro). Bezug: W&F, Beringstr. 14, 53113 Bonn, E-Mail: buero-bonn@wissenschaft-und-frieden.de

FriedensForum

Die Zweimonatszeitschrift der Friedensbewegung legt ein Doppelheft vor, das mit »Rüstungsexporte stoppen!« und »Die neue US-Strategie auf-machen. Die Rubrik »Initiativen« enthält Berichte über verschiedene Aktivitäten, unter dem Titel »Krisen und Kriege« setzt sich die »Kooperation für den Frieden« für »Friedens- statt Kriegspolitik im Iran« konfrontiert ein. Andreas Buro veröffentlicht »Eine Antwort aus der Friedensbewegung an Günter Grass«. Zum Thema »Rüstungsexporte« äußern sich u.a. Jürgen Grasslin, Christine Hoffmann, Paul Russmann, Bernhard Moltrmann, Sabine Lösing und Jürgen Wagner sowie Heidemarie Wiczorek-Zeul. Zur neuen US-Militärstrategie schreiben u.a. Jürgen Heidehoff, Andreas Buro und Reiner Braun.

◆ *FriedensForum*, Heft 2-3/2012, 72 Seiten, 4 Euro plus Porto (Jahresabo 23 Euro). Bezug: Netzwerk Friedenskooperative, Römerstr. 88, 53111 Bonn, Tel.: 02 28 / 69 29 04, Fax: 02 28 / 69 29 06, E-Mail: friekoop@bonn.comlink.org

DDR-Verfassung

Der Band »Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik«. Er enthält die Verfassungstexte von 1949, 1968 und 1974. In der Einleitung weist Erich Buchholz darauf hin, daß die DDR-Verfassung von 1949 für ein antifaschistisches Gesamtdeutschland entworfen wurde, das Grundgesetz der BRD entbehre dagegen »einer eindeutigen antifaschistischen Aussage, einer Verurteilung der NS-Verbrechen«.

◆ Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik 1949, 1968, 1974. ACDM, Berlin 2012, 144 Seiten, 9,99 Euro. Bezug: ACDM, Alexanderstr. 1, 10178 Berlin, Tel.: 018 05 / 30 99 99, Fax: 018 05 / 35 35 42 (0,14 Euro/Minute). Im Internet: www.buchredaktion.de

»ERZIEHEN UND ZIVILISIEREN«: RAINER WERNING ÜBER KOLONIALES ERBE IN DEN PHILIPPINEN

Die These »Kein Liberalismus ohne Kolonialismus (und Rassismus)« ist mehr bekannt als begriffen. Der Titel des Buches »Krone, Kreuz und Krieger. Europäische Vermächtnisse in den Philippinen« von Rainer Werning scheint zunächst keinen Bezug zu ihr zu haben. Der Band enthält aber einen hochverdichteten, reich mit historischem und aktuellem Material gestützten Beleg für die in der Wendung ausgesprochene Auffassung. Vorlage für den in deutsch und englisch gedruckten Text war ein Manuskript, das der Autor während einer Vortragsreise an mehreren Universitäten der Philippinen genutzt hatte.

Dem Schlußkapitel über philippinische Sichtweisen auf Deutsche gehen

drei zum eigentlichen Gegenstand voraus, wobei Werning zunächst »das allgegenwärtige und das alles durchdringende Vermächtnis des westlichen europäischen Kolonialismus in Gestalt der Religion, Glaubensgrundsätzen, Wirtschaftsstrukturen und Kulturmustern« untersucht. Dazu gehört der Name des Landes und seiner Bewohner: Die Benennung nach dem katholisch-fundamentalistischen spanischen König Philipp II. (1527–1598) schloß die von diesem angewiesene Ausgrenzung der moslemischen Bewohner des Südens der Inselgruppe ein, die bis heute als »Moros« bekämpft werden. Als die Spanier gingen, kamen die USA. Die damalige »humanitäre Intervention« Washingtons »begründete« US-Präsident

William McKinley im Sommer 1898 in einer Rede, die Werning mit Recht als ein »Dokument, das möglicherweise zu den am meisten grotesken der Weltgeschichte zählt«, bezeichnet: »Und eines Nachts überfiel es mich (...) und ich entschied: (...) daß uns nichts anderes übrigblieb, als sie alle zu übernehmen, die Philipinos zu erziehen, sie emporzuheben, zu zivilisieren und zu christianisieren«.

Das zweite Kapitel widmet sich eher unbekannten kolonialen Erbschaften: Der Autor skizziert das Wüten des ruhmreichen US-Generals John Joseph Pershing nach der Eroberung und beschreibt die »fünfte Kolonne« von Deutschen Nazis und spanischen Falangisten auf den Inseln während des Zweiten Weltkrieges.

Der dritte Abschnitt schildert, welche Spuren Akteure aus Wissenschaft und Kunst im Land hinterließen: der Österreicher Ferdinand Blumentritt, Rudolf Virchow und jüdische Einwanderer. Der Autor malt so auf engem Raum ein Panorama der Verflechtungen kolonialer und imperialistischer Interessen und des einheimischen Widerstands. Der Band weist ihn einmal mehr als einen der besten Sachkenner dieser Region im deutschsprachigen Raum aus.

Arnold Schölzel

◆ Rainer Werning: Krone, Kreuz und Krieger. Europäische Vermächtnisse in den Philippinen/Crown, Cross and Crusaders. European Legacies in the Philippines. Verlag Neuer Weg, Essen 2011, 109 Seiten, 9 Euro

TENNIS

Hoppla

PARIS. Die Weltranglistenbeste Wiktoria Asarenka aus Belarus ist bei den French Open in Paris im Achtelfinale überraschend ausgeschieden. Die dominierende Spielerin der Saison und Gewinnerin der Australian Open verlor mit 2:6, 6:7 (4:7) gegen die an Position 15 gesetzte Slowakin Dominika Cibulkova, die bereits 2009 im Halbfinale von Paris gestanden hatte. Mit ihren 1,61 Metern ist sie übrigens die kleinste Spielerin in den Top 100. (sid/W)

FUSSBALL

In der Breite

KÖLN. Die Niederlande zaubern, Portugal zertört, Dänemark zündet: Wechselvolle Generalproben der deutschen EM-Gruppengegner am Wochenende. Orange spielte Nordirland, Nummer 100 der FIFA-Rangliste, 6:0 in Grund und Boden, was der Bondscoach Bert van Marwijk optimistisch kommentierte: »Ich glaube, daß dieses Team besser ist als das, das bei der WM 2010 das Finale erreicht hat, wir sind vor allem in der Breite stärker geworden.« Portugal offenbarte beim 1:3 gegen die Türkei ungeahnte Defensivschwächen, das Ergebnis fand Nationaltrainer Paulo Bento aber »total ungeeignet« und »Danish Dynamite« hofft bei der EM nach einem 2:0 gegen unambitionierte Australier auf mehr als eine Außenseiterchance. (sid/W)

Rangnicks Comeback

HANNOVER. Ralf Rangnick steht offenbar kurz vor der Rückkehr auf die Trainerbank. Wie die *Hannoversche Allgemeine Zeitung* berichtet soll der 53-jährige beim englischen Erstligisten West Bromwich Albion die Nachfolge von Nationalcoach Roy Hodgson antreten. Damit wäre Rangnick, der im September 2011 wegen eines Burnout-Syndroms von seinem Posten als Trainer bei Schalke 04 zurückgetreten war, der erste deutsche Trainer in der Premier League. West Brom feierte seine bislang einzige Meisterschaft 1920 und schloß die vergangene Saison als Tabellenzehnter ab. (sid/W)

Weiser-Entscheidung

MÜNCHEN. Bayern München hat Absteiger 1. FC Köln dessen größtes Talent abgeworben: U18-Nationalspieler Mitchell Weiser erhält an der Säbener Straße einen Vertrag bis 2015 und soll angeblich 500 000 Euro Ablöse kosten. (sid/W)

Ein paar mehr

DÜSSELDORF. Trotz gestiegener Preise will Adidas bei der bevorstehenden EM allein eine Million Trikots der deutschen Nationalmannschaft verkaufen. »Wenn Deutschland erfolgreich spielt, werden es vielleicht noch ein paar mehr«, hofft Vorstandsvorsitzender Herbert Hainer in der *Wirtschaftswoche*. Ein DFB-Trikot kostet mit 79,95 Euro zehn Euro mehr als vor vier Jahren. (sid/W)



Ist hier irgend jemand bei der Bundeswehr? Aljona Sawtschenko und Robin Szolkowy im November beim Grand Prix in Moskau

Keine Einwände

Der Bundesgerichtshof hat entschieden, daß Ingo Steuer Eiskunstläufer der Bundeswehr trainieren darf. Von Klaus Huhn

Der Autor bekennt, daß der folgende Report im Grunde auf der Geschichte dieser Zeitung erscheinen müßte, befand aber, daß er vom Leser doch auf der Sportseite erwartet wird.

Der Sachverhalt: Die Bundesregierung hat faktisch einen Prozeß gegen das Ministerium für Staatssicherheit verloren, aber kaum jemand in der so umfangreichen bundesdeutschen Medienlandschaft teilte das seinen Zuschauern, Lesern oder Hörern mit.

Die Vorgeschichte: Ingo Steuer wurde 1966 in der DDR geboren und entdeckte schon im Kindesalter seine Liebe zum Eiskunstlauf. Er errang 1984 in Sapporo im Paarlaufen mit Manuela Landgraf für die DDR den Junioren-Weltmeistertitel, was seitdem nie wieder einem deutschen Paar gelang. Nach 1990 feierte er mit anderen Partnerinnen Triumphe für die BRD, begann später seine Trainerlaufbahn und arbeitete vor allem mit den

Chemnitzern Aljona Sawtschenko und Robin Szolkowy höchst erfolgreich. Das Paar wurde viermal Weltmeister und viermal Europameister und gehörte nach wie vor zur Weltelite.

2006 tauchte angebliche »Stasi«-Akten über ihn auf – Dokumente, deren Entstehungsgeschichte bekanntlich nie juristisch nachzuweisen waren, mit denen ihm aber etwas zur Last gelegt wurde, was er bereits Jahre vorher bestätigt hatte: der »Stasi«-Auskünfte gegeben zu haben. Die oberste Sportbehörde der BRD schloß ihn deswegen aus der Olympiamannschaft für Turin aus, mußte ihn aber wieder aufnehmen, nachdem ein Gericht die Entscheidung für ungesetzlich erklärte. Seitdem folgte ein Prozeß dem nächsten, und schließlich führte die Bundesregierung vor dem Bundesgerichtshof – dem obersten Gericht dieses Landes also – ins Feld, daß die von Steuer betreuten Aktiven als Angehörige der Bundeswehr nicht mehr von ihm trainiert werden dürften, denn das würde dem Image der Armee schaden. Auch Steuer war Sportsoldat, bis er 2006 von der Bundeswehr entlassen wurde, ebenso Robin Szolkowy, bis er ebenfalls entlassen wurde, weil er mit Steuer weiter zusammenarbeiten wollte.

Mitte Mai hat nun in letzter Instanz der VI. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs entschieden, daß Steuer Bundeswehrangehörige trainieren darf. Aus der umfänglichen Urteilsbegründung: »Die für den Eiskunstlauf zuständigen deutschen Spitzenverbände haben nach den Feststellungen des Berufungsgerichts keine Einwände mehr dagegen, daß der Kläger Spitzensportler trainiert. Unter diesen Umständen ist die Beklage (Bundesregierung, d. Red) nicht befugt, ihren Sportsoldaten ein Training bei dem Kläger (Steuer) zu verbieten. Eine nennenswerte Beeinträchtigung des Ansehens der Bundeswehr dadurch, daß der

Kläger als freier Trainer Sportsoldaten trainiert, ist nicht ersichtlich. Andererseits werden die Interessen des Klägers ganz erheblich beeinträchtigt, weil Spitzensportler im Bereich des Eiskunstlaufpaars nach den Feststellungen des Berufungsgerichts nahezu ausschließlich Sportsoldaten sind.«

Wer daraus schließt, daß wir in einem soliden Rechtsstaat leben, kommt an folgenden Fragen nicht vorbei: Wer gibt der Bundeswehr eigentlich das Recht, den Eiskunstlaufpaarsport zu monopolisieren? Wie kam es dazu, daß sechs Jahre vergehen mußten, ehe Ingo Steuer vom obersten Gericht das Recht gesichert wurde, Aktive seiner Wahl zu trainieren? Die Chemnitzer *Freie Presse* meldete am 15. Mai: »Sogar Bundespräsident Joachim Gauck habe Steuer Weiterbeschäftigung befürwortet.« Hinweise auf Gaucks Aktivitäten im Eiskunstlaufen konnte der Autor allerdings nicht ermitteln.

HANDBALL

Die Null muß stehen

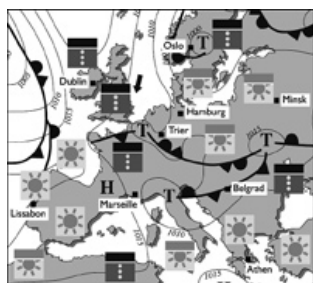
Mit einem 24stündigen Partymarathon hat der THW Kiel seine perfekte Saison gefeiert. Als erste Profimannschaft im deutschen Sport beendeten die »Zebras« eine Spielzeit ohne Minuspunkt. Außerdem gelang der Mannschaft zum zweiten Mal nach 2007 das Triple aus Meisterschaft, Pokal und Champions League.

Müheles pulverisierte der THW den Startrekord des TBV Lemgo (36:0) und knackte mit 68:0 Punkten nun auch die bisherige Bundesliga-Bestmarke von 65:3 Zählern, die der Rekordmeister erst vor drei Jahren aufgestellt und seitdem gemeinsam mit Lemgo gehalten hatte. Dreimal gewannen die Fördestädter »nur« mit drei Toren Differenz, ansonsten spielte Kiel die Konkurrenz in Grund und Boden – im Schnitt war der THW seinen Gegnern neun Tore voraus.

Am Samstag wurde erst der VfL Gummersbach 39:29 verfrüht, dann ging es in einem 90minütigen Autokonvoi durch die Stadt, und schließlich enterten die THWler in militärischen Fliegeranzügen den Kieler Rathausbalkon, vor dem sich 15 000 Fans versammelt hatten. 34 Siege aus 34 Spielen, 68:0 Punkte – ein Rekord für die Handballwelt. »Ich bin unendlich stolz auf diese Mannschaft. Die Null ist ein Riesensymbol für die Karriere jedes einzelnen Spielers«, sagte der isländische Meistercoach Alfred Gíslason, der von den Managern und Geschäftsführern der Bundesligisten zum Trainer des Jahres gewählt wurde. Drei Meter von ihm entfernt stand Kiels langjähriger Bürgermeister Torsten Albig und meinte: »Die Jungs sind keine Legionäre. Sie nehmen die Stadt in den Arm.«

Anschließend wurde die Party bei einem Nobel-Italiener im kleinen Kreis fortgeführt und am Sonntag mittag wartete dann noch ein »Meisterbrunch«.

Trainer Gíslason freute sich schon »auf mein Urlaubsparadies in Sachsen-Anhalt – ohne Handball, ohne Handy«. Er besitzt ein früheres Kutscherhaus in Wendleben in der Nähe von Magdeburg – »Und selbst, wenn die Geschäftsstelle abbrechen sollte, will ich davon nichts wissen.« (sid/W)



Tiefdruckeinfluss bestimmt weiterhin das Wetter in Mitteleuropa. Im Alpenraum fällt zum Teil lang anhaltender Regen, sonst gehen häufig Schauer nieder, vereinzelt erliden sich Gewitter. Kräftige Regengüsse und Gewitter gibt es auch in Italien. Wechselhaftes Wetter herrscht auf den Britischen Inseln.

Wetter	heute	morgen
Amsterdam	Schauer	13° 16°
Athen	sonnig	29° 28°
Bangkok	Schauer	34° 36°
Barcelona	wolkig	25° 25°
Belgrad	heiter	28° 20°
Brüssel	Schauer	12° 17°
Dublin	Schauer	15° 13°
Havanna	Schauer	35° 35°
Helsinki	sonnig	16° 16°
Istanbul	sonnig	23° 24°
Kairo	sonnig	35° 35°
London	Schauer	14° 15°
Los Angeles	wolkig	21° 24°
Moskau	wolkig	12° 21°
New York	Gewitter	18° 19°
Paris	Schauer	17° 18°
Prag	Schauer	16° 14°
Rom	Schauer	23° 23°
Rostock	Schauer	15° 15°
Stockholm	Schauer	14° 14°
Tokio	wolkig	22° 22°
Warschau	wolkig	17° 19°
Wien	Regen	17° 18°
Zürich	Schauer	18° 20°



Norddeutschland	Wechselnd bis stark bewölkt, zunächst im Westen, später auch im Osten Regengüsse. 12 bis 15 Grad.
Süddeutschland	An den Alpen anfangs längere Zeit Regen, sonst wechselnd bewölkt mit Schauern und Gewittern. Bis 19 Grad.
Ostdeutschland	Mehr Wolken als Sonne, anfangs nur vereinzelt etwas Regen, später vor Westen her Regen. 13 bis 17 Grad.
Westdeutschland	Viele Wolken, im Tagesverlauf erneut Regengüsse, vereinzelt Gewitter. 14 bis 20 Grad.
Österreich/Schweiz	Stark bewölkt, zum Teil anhaltender und kräftiger Regen, vereinzelt auch Gewitter. Etwas freundlicher im Südwesten der Schweiz. 14 bis 22 Grad.
Sonne & Mond für Berlin	04:47 21:32 21:23 04:39